

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

<i>Frieda Magnus-Unzer</i> Es kam ein Brief aus Spanien	3
<i>Palle Lauring</i> Die Deutschen gestern, heute und morgen	5
<i>Paul Sethe</i> Haben wir Deutschen noch ein Nationalgefühl?	13
<i>Troels Fink</i> Dänische Beiträge zur schleswigschen Lokalgeschichte aus dänisch-deutscher Sicht	20
<i>Karl Raloff</i> Deutsche und dänische Arbeiterbewegung in ihren Wechselbeziehungen	28
<i>Kurt Meißner</i> Zur Situation und Aufgabe der Erwachsenenbildung	43
<i>Reimer Kay Holander</i> Planung im Grenzland Schleswig	57
Umschau ab Seite 64	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ES KAM EIN BRIEF AUS SPANIEN ...

Ibiza/Baleares 29.12.1965

Sehr geehrter Herr! Eine Verwandte sandte an mich gestern, nachdem sie eine Reise durch Schleswig-Holstein gemacht hatte, das Heft 1 des Jahrganges Ihrer Zeitschrift. Als ich las, welche Rolle die Grenzen jetzt wieder spielen, überfiel mich 91jährige die Erinnerung an die fünf schönen Jahre in Schleswig mit voller Gewalt. Die lange, lange Straße von der Friedrichsberger Kirche, wo Propst Ziese waltete, bis zum Damenkloster St. Johann, dessen Prior Herr v. Eiliencron war. Ich habe die Probefahrt der ersten Pferdebahn zum Bahnhof, ein Ende auf einer Trittstufe, mitgemacht. Unser Pferdebursche Karl Langner wurde Wagenmeister, nachdem er ausgedient hatte.

Ich könnte unendlich weitererzählen, so lebendig ist mir alles noch. Die kleine Episode aus dem Jahre 1891 oder 1892 habe ich aufgeschrieben, weil ich denke, es wird Sie im Sinne Ihrer Zeitschrift interessieren. Ich schicke es Ihnen mit herzlichen Neujahrsgrüßen aus meinem schönen Altersruhesitz bei meiner Tochter. Mit Herrn H. aus Flensburg und seinem Schwiegersohn W., die hier ein Haus haben, habe ich auch Erinnerungen gefeiert.

*

Im Jahre 1888 wurde mein Vater, Alfred Brausewetter, der 1838 auf einem ostpreußischen Landgut geboren war, ins 84. Infanterie-Regiment in Schleswig versetzt. Ich war damals dreizehn Jahre alt. Wir wohnten zuerst in dem Giebelhaus im Lollfuß, das dem Pfarrhaus der Michaeliskirche gegenüberliegt, rechts davon die Fischergastwirtschaft von Petersen, links die kleine Salzsäurefabrik von Firian. 1890 wurde mein Vater zum Kommandeur des Regiments ernannt, das seine Kaserne, ebenso wie die 16. Husaren, im Schloß Gottorf hatte. Wir zogen in die Dienstwohnung, das Lenkowsche Palais in Friedrichsberg, das zurückgebaut hinter einer Toreinfahrt lag.

Dort erlebte ich im Jahre 1891 denkwürdige Tage:

Als ich eines Tages auf die Straße kam, war die sonst so ruhige Gegend von vielen Menschen bevölkert, die alle dem Oberpräsidium zustrebten, von der Altstadtseite kamen noch mehr dazu. Die Jungen hatten Knarren und Pfeifen und Luftpistolen mit und machten Lärm. Sie zogen alle vor die Wohnungsfenster des Oberpräsidenten v. Steinmann und brachten ihm eine Katzenmusik.

Er wurde beschuldigt, einen Antrag beim preußischen Landtag unterstützt zu haben, der die Teilung der übergroßen Provinz Schleswig-Holstein verlangte, damit sie intensiver verwaltet werden könne. Als Grenze war die Eiderlinie in Aussicht genommen. Das erregte bei den Schleswig-Holsteinern die tiefste Empörung und hat, zwei Tage vor der Abstimmung im Landtag, zu dieser Demonstration geführt.

Der Regierungspräsident Zimmermann bat den Bürgermeister Heiberg, die Feuerspritze auffahren zu lassen. Dieser verweigerte es. Der Oberpräsident, der sich nicht zeigte, mußte drei Stunden lang das Pfeifkonzert anhören, bis die Demonstranten müde wurden und auseinandergingen.

Am nächsten Tag ging mein Vater als Garnisonältester um die Zeit, in der am vorigen Tage die Unruhe stattgefunden hatte, mit seinem Adjutanten zum Oberpräsidenten, um ihn seines Schutzes zu versichern. Meine Mutter ging mit, damit es nicht so offiziell aussah. Aber alles blieb äußerlich ruhig, aber es gärte. Bis in unsere Schlagballspiele bildeten sich Befürworter und Gegner der Teilung. Als am Mittag des nächsten Tages die Kunde sich verbreitete, die Teilung sei durch Abstimmung im Landtag abgelehnt, erfaßte die sonst so ruhigen Schleswiger ein Freudentaumel. Ich habe gesehen, wie sich Menschen auf der Straße vor Glück in die Arme fielen, wie der alte Kapitän Fürsen in seinem Garten am großen Fahnenmast die blau-weiß-rote Fahne in glühendem Eifer hißte und die Umstehenden begeistert ihr „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ sangen. Das Lied hallte bald in der ganzen Stadt wider, mit Kreide war „Up ewig ungedeelt“ an die Häuser geschrieben, die Papierhandlungen suchten alle alten Karten mit diesem Leitspruch heraus und stellten das Bild des Luisenlunder Bruderbaumes, wo Eiche und Buche zusammengewachsen sind, ins Schaufenster. Alle verwahrten Fahnen wurden herausgeholt, und blau-weiß-rot wallte es von Haus zu Haus. Schleswig-Holstein fühlte sich noch einmal bis ins tiefste Mark: Es wurde ein Tag des Volksfestes, das mit einer Illumination endete.

*Ihre sehr ergebene Frieda Magnus-Unzer geb. Brausewetter
geb. 1875 in Königsberg/Pr.*

Eine Frage: Können wir den Deutschen (wieder) vertrauen?

PALLE LAURING

Die Deutschen gestern, heute und morgen

In der dänischen Tageszeitung „Information“ ist Anfang dieses Jahres die Frage nach einem neuen deutschen Nationalismus aufgeworfen worden, die der bekannte Schriftsteller Palle Lauring kurz darauf in der gleichen Zeitung nochmals aufgegriffen und aus dänischer Sicht zu beantworten versucht hat. Da auch wir Deutschen ein lebhaftes Interesse daran haben zu wissen, wie unsere dänischen Nachbarn uns sehen — oder noch sehen, veröffentlichten wir nachstehend Palle Laurings Gedanken in der Übersetzung der kds.

Im Feuilleton der dänischen Tageszeitung „Information“ (5. Januar) wurde die Frage aufgeworfen, ob den Deutschen heute nur ein Glaube und ein Dichter — und wohl ein Führer — fehlt, um sich wieder in der alten Gestalt zu erheben und den rabiaten Nibelungentraum über unser aller Köpfe hinweg zu realisieren. Die Frage überrascht uns nicht. Wir, die wir das Vorspiel und die Jahre 1940—1945 erlebten, kennen die Frage, denn wir tragen sie in uns, und wir werden sie, solange wir leben, nicht los: Können wir und dürfen wir darauf vertrauen, daß der Rekonvaleszent keinen Rückfall bekommt?

Es ist aber nicht genug, die Frage zu stellen und auf Zeichen hinzuweisen — leider nicht in Sonne und Mond, sondern wesentlich näher —, Zeichen, die unwiderleglich und bedrohlich sind. Die Frage muß auf die Sicht des zukünftigen Weges gelenkt werden, und nicht nur passiv beobachtend.

Im Jahre 1945, als der Krieg zu Ende war und wir alle dahin gekommen waren, in schwarz und weiß zu denken, war die Sache für die meisten klar, und man kann sich heute wundern, wenn man sich an seine eigenen Gedanken erinnert. Unsere Kinder verstehen uns nicht. Es bestand bei einer überwiegenden Mehrheit kein Zweifel an einer totalen Verurteilung Deutschlands und alles Deutschen, es gab keine Nuancen. Ein unhaltbarer Standpunkt, aber geschaffen durch eine Selbstverteidigung, durch eine logische Konsequenz dessen, was geschehen war und was Deutschland selbst geschaffen hatte. Die Nuancen kamen später.

*

Zu mir kamen sie eines Abends in Frankfurt, im Jahre 1953. Alle Hotelzimmer waren besetzt, ich wurde spät in der Nacht auf ein Zimmer in einer privaten Villa verwiesen. Ein stattlicher älterer Herr im Bademantel öffnete. Ich war nicht im Zweifel darüber, daß er ein ehemaliger Offizier war. Er führte mich zu dem Zimmer hinauf, das durch Sportbilder, ein paar Kästen mit Schmetterlingen und einige Bücher geprägt war. „Ist es das Zimmer Ihres Sohnes?“ fragte ich höflich und

gedankenlos. Er sah sich flüchtig um: „Ja, er wurde 1944 in Kopenhagen auf der Straße erschossen. Seien Sie so freundlich, zu klingeln, wenn Sie etwas wünschen. Gute Nacht.“ Ich begriff am Tag darauf, daß er nicht ahnte, daß ich Däne war. Aber es war eine merkwürdige Nacht.

*

„Sie verstehen“, sagte ein recht junger Lehrer aus dem Ruhrgebiet, während wir uns in Schleswig unterhielten, „das Problem ist unlösbar. Von den Lehrern Deutschlands gibt es einige Prozent, die die Persönlichkeit und den Mut haben, in vernünftiger Weise über alles zu sprechen. Die anderen lügen — oder schweigen. Die dänischen Touristen vom Typ derer, die den Fluß hinabfahren, die erwarten, daß jeder Deutsche, mit dem sie sprechen, geradestehen und seine und seiner Nation Sünden bekennen soll, sind töricht. Kann man in deutschen Schulen bis ins Endlose Greuelpropaganda mit Konzentrationslagern und mit Schreckensterror in den besetzten Ländern treiben? Jeder Lehrer, jeder Psychologe weiß, daß man das nicht kann, ohne daß man die Zuhörer völlig abstumpft oder das Gegenteil von dem erreicht, was man wollte. Was glaubt man, wieviel es nützen wird, daß deutsche Schulkinder immer wieder dasitzen und hören sollen, daß ihre Väter und Onkel Sadisten und Idioten waren. Ich meine nicht, daß man das verheimlichen soll, aber was will man? Was fordert man von den Deutschen? Zwanzig Jahre lang haben sie sich besinnen müssen, Tag für Tag. Wir anderen greifen das Problem hin und wieder auf, in einem weichen Gefühl, ein besseres und edleres Geschlecht zu sein, zu den Richtigen zu gehören. Wie gesund ist das?

*

Es ist richtig, daß in den zwanziger und in den ersten dreißiger Jahren viele der führenden Männer Europas nicht auf die ersten Zeichen dafür achteten, daß etwas im Begriff war zu geschehen. Denn es wirkte nur lächerlich, als man die ersten Photographien mit marschierenden Deutschen sah, die sich die schwarz-weißen Kaiserfahnen und die komischen Pickelhauben aus den Museen und Kleiderschränken geholt hatten und auf den Sportplätzen einherstolzierten. Es wirkte wie Fasching, nicht wie düstere Warnungen vor etwas Tödlichem. Deshalb hat unsere ängstliche Aufmerksamkeit heute einen Grund.

Aber es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den zwanziger Jahren und den Jahren, in denen wir heute leben. Der erste Weltkrieg endete damit, daß Deutschland die Waffen an der Front niederlegen konnte, und es war möglich, die „Dolchstoßlegende“ zu schaffen, denn genau genommen hat es die ganze Welt fünf Jahre gekostet, die Militärmacht Deutschland zu zerbrechen.

*

1945 folgte man den Deutschen bis nach Hause. Die Amerikaner und die Engländer und Russen begegneten sich im Herzen Deutschlands, in einem

Deutschland, das in Grund und Boden zerbombt und völlig niedergebrochen war. Aber hinzu kommt, daß die Deutschen wissen, daß mit den Taten des Nazismus in der deutschen Geschichte und in der Weltgeschichte ein Kapitel geschrieben ist, das niemals ausgelöscht werden kann. Es wird bleiben wie die Erzählungen von den Taten der Spanier in den Niederlanden und in Yucatan, wie die Berichte über die Inquisition und die mittelalterlichen Hexenprozesse, aber mit dem düsteren Unterschied, daß das, was im 16. Jahrhundert geschah, doch teilweise mit der Unwissenheit und der Primitivität der Zeit entschuldigt werden kann.

*

Eine sehr empfindsame, ehrliebende Nation wie die deutsche hat sich selber eine Schuld geschaffen, die selbst durch die freimütigste Legende nicht auf andere abgewälzt werden kann. Wie klug ist es, von außen her immer wieder zu fordern, das zu debattieren? Was können wir erwarten?

Es wäre psychologisch unrealistisch, zu erwarten, daß eine Nation, die während der letzten Generationen ein so dynamisches Schicksal gehabt hat und die sich selber in so gewaltsame Umwälzungen gestürzt hat, bereits jetzt in ein Geleise seelisch abgeklärter Meeresstille geraten wäre. Selbst wenn es die Nachbarn Deutschlands beruhigen würde, wenn Deutschland in ein schönes und friedlich-kontemplatives Lebensalter einträte, dann ist das ein utopischer Wunschtraum.

Es ist nicht schwierig, Deutschen zu begegnen, die die kaiserliche Garde Unter den Linden haben aufmarschieren sehen. Sie haben fünf Jahre Weltkrieg von 1914 bis 1918 erlebt. Sie haben die Weimarer Republik erlebt, starke kommunistische Strömungen, Unruhe, Streiks und eine hoffnungslose Armut, als die Versailler Mächte wohl enorme Reparationen von Deutschland forderten, aber gleichzeitig versuchten, Deutschland daran zu hindern, das Geld für die Reparationen zu verdienen, weil es eine belastende Konkurrenz für die eigene Industrie und den Handel der Siegermächte war. Sie haben erlebt, daß deutsches Denken in eine wilde Romantik zurück- und hinausdrängte. Sie haben Paraden und Märsche und einen wilden Glauben an das Glück der Welt erlebt. Und sie haben fünf Jahre Krieg erlebt, eine Niederlage, eine neue Hoffnungslosigkeit und die bittere Wahrheit, soweit sie es fertiggebracht haben, diese zu glauben.

Hierin liegt nur ein Versuch, etwas von dem Hintergrund aufzuzeichnen, wie es notwendig ist zu erinnern, um zu verstehen, denn ohne einen Versuch zu verstehen, erreicht man nichts.

*

Westdeutschland (über das östliche wissen wir höchst wenig, was Menschen und Ansichten betrifft) ist eine Nation von annähernd 60 Millionen Menschen. Es wird täglich in der einen oder anderen Zeitung der eine oder andere unglückliche Artikel stehen. Da wird Tag für Tag in dem einen oder anderen Interview eine unglückliche Äußerung sein. Dänische Zeitungen haben seltsame Äußerungen eines

dänischen Reserveoffiziers aus einem Militärblatt zitieren können, und hätten sie in einer deutschen Zeitung gestanden, hätten wir sie mit allen Zeichen dafür zitiert, daß jetzt der Teufel dort unten wieder los wäre. In einem Volk von 60 Millionen wird es auch viele Schattierungen geben. Viele deutsche Schriftsteller werden versuchen, um die große Schuld herumzukommen, weil es unmöglich ist, mit ihr zu tun zu haben, wenn nicht die ganze Nation in einen hysterischen Bußkomplex, der ebenso gefährlich sein wird, versinken soll. In einem Land wird es immer Toren geben. Es wird immer Menschen geben, die keinen Hauch begreifen und die sich nicht darum kümmern, etwas zu begreifen. Es wird Menschen geben, die für sich und andere lügen. Die Frage ist: Können wir etwas damit erreichen, daran festzuhalten, Deutschland anzuklagen, oder nicht?

Wir müssen begreifen, daß es für die Deutschen viele menschliche Wege fort von diesem Problem gibt. Es ist fleißig versucht worden, alles Grauen damit wegzuerklären, daß die Berichte stark übertriebene Propaganda wären. Es wird versucht werden, das Ganze etwas dunkel und mystisch zu machen. Aber unter allen Auswegen ist einer, sowohl der primitivste als auch der leichteste, und das ist der, zu dem Deutschlands Nachbarn Deutschland durch genügend leichtsinnige Gedankenlosigkeit herausfordern können, denn wir können Deutschland so lange und so anhaltend diverse Wahrheiten und Verdächtigungen unter die Nase reiben, daß sich Deutschland einfach wehren muß und sich zu dem Ausweg getrieben sieht, den auch große Volksmassen begreifen und befolgen können, ein volltönendes „Halt das Maul! Was wir damals taten, war richtig, und wir können es wieder tun, denn wir sind stark genug dazu!“ — Diese Situation liegt nicht vor, aber niemand darf sagen, daß sie nicht geschaffen werden kann. Europa ist als Ganzes in einer Krise, denn die Placierung Europas in der Welt ist nicht die, die sie gewesen ist. Europa besteht aus einer Reihe von Nationalstaaten, und unter ihnen ist Deutschland einer der größten und wesentlichsten, Deutschland kann nicht bis ins Endlose isoliert sein und ist es auch nicht. Deutschland kann nicht dauernd unter Anklage stehen. Heute ist die Generation, die den Nazismus und den Krieg überhaupt nicht erlebt hat, im Begriff, in Deutschland zuzupacken. Wir müssen weiter. Wir können nicht in Ewigkeit vom Haß, von unseren Gefühlen eigener Vortrefflichkeit und auch nicht vom Mißtrauen leben.

Aber andererseits: Als ich als junger Mensch mit dem Fahrrad von einer deutschen Jugendherberge zur anderen fuhr, erfuhr ich, daß niemals mehr Krieg käme, denn wie die jungen, Banjo spielenden Romantiker versicherten: „Deutschland hat seine Seele gewechselt!“ Ich habe erlebt, daß Deutschland 1933 wieder seine Seele wechselte und daß das 1945 wieder geschah. Welchen Glauben kann ich mobilisieren, daß Deutschland jetzt niemals mehr seine Seele wechselt? Keinen!

*

Dänische Erfahrungen sind: 1864 und die Besetzung, und wenn ein kühler

deutscher Nachkriegspolitiker über unseren Platz im Gemeinsamen Markt sagen konnte, daß wir denselben Status erhalten könnten wie die deutschen Staaten (er sagte nicht „die anderen deutschen Staaten“, aber der Unterschied war in seiner Vorstellung kaum groß), so mußte sich das im dänischen Bewußtsein festbeißen und mit Hitlers Reden vom „Gau Nordmark“ verschmelzen. Wir haben, das ist die Wahrheit — und sie ist verständlich —, wir haben Angst vor Deutschland. Wir haben Angst davor, daß, wenn unsere Politiker Deutschland mit einem lauten Kuß um den Hals fallen, sie riskieren können, in der Brusttasche zu verschwinden und für immer weg zu sein.

Durch mehr als hundert Jahre hat es in der dänischen Haltung dem Süden gegenüber eine klare Spaltung gegeben. Unsere Politiker haben durchgehend unterwürfig versucht, dem starken Reich im Süden zu gefallen. Das gilt seit 1866 bis über die demütigenden „Gespräche“ zwischen Moltke und Lütken von 1905 bis 1909 und weiter. Regierung und Volk haben sich darin nicht gedeckt, denn in der allgemeinen dänischen Haltung hat es in den Hunderten von Jahren eine klare Abneigung gegen intimere Annäherungen gegeben und ein tiefes Mißtrauen. Das alte Nationalspiel ist heute veraltet, aber wenn man in Kreisen des Gemeinsamen Marktes dafür eingetreten ist, daß der Nationalismus abgeschafft werden müsse, dann wird man die nüchterne Tatsache entdecken, daß, was man auch immer vom Nationalismus meint, er kein Komplex ist, den man durch einen Beschluß abschaffen kann, denn er hat Wurzeln tief drinnen in einem biologischen Instinkt. Wir versuchten in der Zeit zwischen den Kriegen, das Militär abzuschaffen, „als ein Beispiel für die Welt“, denn wir lieben es, unsere Tugend vorzuführen. Das wurde teuer. Wenn das führende Dänemark heute den Nationalismus abschafft, so muß man erwarten, daß es, belehrt durch Erfahrungen, sich jedenfalls sichert, daß die anderen es auch ernstlich tun. Ein weiteres Herumreiten auf der Vergangenheit ist sinnlos, aber das besagt nicht, daß alle Erfahrung abgeschrieben werden soll. Wir erwarten von unseren Politikern, daß sie in ihren Beziehungen zum Süden wie überall erinnern, daß der Kluge immer mit einem verkiffenen Auge sowohl haßt wie auch liebt.

*

Aber das heißt nicht, daß wir weiter die ganze deutsche Nation an den Worten jedes einzelnen Deutschen aufhängen sollen, und es wird notwendigerweise Dinge geben, die verwunden können. Zum Beispiel: Wir halten nichts davon, daß alte SS-Männer Bierabende abhalten, aber das darf auch nicht überschätzt werden. Was wir auch über sie meinen, so ist der Krieg das Drama ihres Lebens gewesen, und es handelt sich bei einem großen Teil um sehr einfache und primitive Menschen. Was sie erlebt haben, Monate und Jahre in Rußland, in Nordafrika, muß notwendigerweise in ihren Köpfen kreisen, solange sie leben, und sie können darüber nicht mit anderen als denen reden, die die gleichen

Erfahrungen haben. Das wird so ihr Leben lang sein, und das ist keine Bedrohung des Weltfriedens. In etwa muß das für alle Deutschen gelten, eine Erfahrung, die die ihre ist und in die wir uns nicht ganz hineindenken können, aber die sie nicht auslöschen können. Insoweit überrascht es trotz allem am meisten, daß es ihnen gelungen ist, weiterzukommen. Es werden geistige Rückschläge kommen, Schwingungen in dem Gedanken an das Geschehene, und deutsches Denken war niemals und wird niemals mit unserem identisch werden, so wird es immer Elemente geben, die uns fremd sind. Eine Drohung ist es, wenn Deutschland seinen Platz nicht einnehmen darf. Nun sind zwanzig Jahre vergangen. Was geschehen ist, ist fast unauslöschlich, aber am schwersten im deutschen Erinnern. Ganz abgesehen von allem Verständnis und Takt, können wir darin Dummheiten begehen, deren Folgen wir schwer voraussehen können. Die Franzosen haben sich mit Revolution und Napoleon wie Irre aufgeführt und Unglück über alle Maßen verursacht, aber sowohl sie wie wir anderen kamen weiter. Navigare necesse est.

DIE NATIONALE GRETCHENFRAGE: WIE HÄLTST DU ES MIT DER LOYALITÄT?

Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.

Punkt 1 der Grundsatzklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945.

*

Ein Antrag, in dem neuen SSW-Programm — beschlossen Ende Januar von einer Außerordentlichen Landesversammlung in Schleswig —, eine Art Loyalitätserklärung für den Herbergsstaat abzugeben, wie es die deutsche Minderheit in Nordschleswig getan hat, wurde jedoch niedergestimmt. Es war beantragt worden, dem Programm hinzuzufügen: die Angehörigen der dänischen Minderheit „werden als gute Staatsbürger die ihnen obliegenden Pflichten gegenüber dem Herbergsstaat erfüllen“.

„Flensburger Tageblatt“ vom 1. Februar 1966 (Bericht über die Annahme des neuen SSW-Programms).

*

Peter Brunkert (der Leiter des Jugendhofs Scheersberg) unterstrich, daß die dänische Minderheit mit den Bonner Erklärungen von 1955 Rechte erhalten habe für eine eigene Gestaltung ihres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Doch seiner Meinung nach komme zum Recht die Pflicht, und er verstehe nicht, daß noch im Jahre 1966 eine Loyalitätserklärung von seiten der dänischen Minderheit abgelehnt werde.

„Flensburger Tageblatt“ vom 3. Februar 1966 (Podiumsgespräch auf dem Scheersberg).

SSVs landsformand (K.O. Meyer) blev endvidere spurgt om, hvorfor SSV ikke har villet afgive en loyalitetserklæring over for herbergsstaterne i lighed med den erklæring, der i sin tid blev afgivet af de tyske nordslesvigere.

Hertil sagte han, at en sådan erklæring ville være fuldkommen overflødig, eftersom det klart fremgik af SSVs partiprogram, at de dansksindede bekender sig til Bonngrundloven og som borgere vil medvirke ved løsningen af samfundsmæssige opgaver ...

„Flensborg Avis“ vom 2. Februar 1966 (Podiumsgespräch auf dem Scheersberg).

*

Wir haben festzustellen, daß die dänische Minderheit den deutschen Besitzstand an Südschleswig und damit die seit 1920 festliegende Grenze noch immer nicht hat anerkennen können. Wir nehmen diese Haltung zur Kenntnis, aber wir machen aus der Weigerung, diesen Tatbestand anzuerkennen, keine Staatsaktion. Wir

hegen keinen Zweifel daran, daß die heutige deutsch-dänische Grenze bestehenbleiben wird, solange Nationalgrenzen überhaupt noch eine Bedeutung haben. Wir bejahen ebenso wie die Dänen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es besteht jedoch kein Anlaß für uns, daran zu zweifeln, daß Südschleswig ein deutsches Land ist und bleiben wird.

Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke Anfang Januar auf dem CDU-Kongreß in Lübeck.

Eine Antwort: Die Deutschen sind auf Distanz zu sich selbst gegangen

PAUL SETHE

Haben wir Deutschen noch ein Nationalgefühl?

Der nachstehende Aufsatz von Paul Sethe ist schon vor mehr als einem halben Jahr — am 27. August 1965 — in der bekannten Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienen. Er könnte heute geschrieben und eine direkte Antwort auf die Frage Palle Laurings sein. Die Wiedergabe geschieht mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und des Verlages „Die Zeit“.

Wie so oft war auch an diesem Abend der letzte Beitrag zur Diskussion der wichtigste. In der Forschungs-Gesellschaft für Publizistik in Frankfurt sprach Professor Elisabeth Noelle-Neumann. Sie kommt von der Meinungsforschung her, sie hat dabei gelernt, mit genauen Zahlen zu arbeiten. Um so stärker war der Eindruck.

„Es ist nicht richtig, was Golo Mann einmal gesagt hat, daß Theodor Heuß der Selbstzerstörung der Deutschen ein Ende gemacht habe. Die Selbstzerstörung geht weiter.“ Und dann kamen die genauen Angaben. In zwölf Jahren ist beispielsweise die Zahl derjenigen Deutschen, die bei ihrem Volke keine besonders vorteilhaften Eigenschaften entdecken können, von sechs auf sechszwanzig Prozent gestiegen. Was Frau Noelle-Neumann weiter mitteilte, bestätigte das Bild, das die ersten Zahlen vermittelt hatten: Die Deutschen, vor allem die jungen Deutschen, haben nur noch ein kühles Verhältnis zu ihrem Volke. Selbstüberschätzung und Hochmut sind gefallen, aber mit ihnen auch die selbstverständliche Freude an der Nation.

Vielleicht sind persönliche Eindrücke noch wichtiger als Zahlen. Kurz nach der Frankfurter Tagung unterhielten sich auf dem Podium der Technischen Hochschule zu Clausthal-Zellerfeld einige Historiker, Journalisten und Pädagogen über die Frage, ob die Deutschen noch ein Geschichtsbild hätten. Die Grauhaarigen unter den Gesprächsteilnehmern bemühten sich redlich, ein Geschichtsbild zu zeichnen, das zwar geläutert war von den borussischen oder gar chauvinistischen Trübungen, aber doch der Beziehungen zu unserer Vergangenheit nicht entriet. Die Grauhaarigen unter den Zuhörern waren auch sehr angetan davon, aber die Jüngeren zollten ihren lebhaften Beifall nur dem Generationsgenossen auf dem Podium. Er riet ihnen, die Vergangenheit unter der Idee der Freiheit (also einem übernationalen Begriff) zu betrachten, und zitierte mit Wärme den Grafen Moltke von Kreisau. Moltke hatte als Beweggrund für die Verschwörung vom 20. Juli das Ziel genannt, der Welt einen reineren Begriff vom

Menschen zu geben. Nie an diesem Abend war der Beifall so stark wie bei diesem Zitat.

Als man dann noch bei einem Glase Wein zusammensaß, sprachen einige der jüngeren Zuhörer ganz offen aus, was man schon bei der verschiedenen Tönung des Beifalls vermutet hatte: sie erkennen die Begriffe Volk und Vaterland nicht mehr an. Sie sind wahrlich nicht ohne Ideale. Familiensinn, Humanität, Duldsamkeit, Hilfsbereitschaft, Aufrichtigkeit gehören dazu. Aber die Zukunft der Nation ist kein Leitbild mehr für sie. Ihre Lieblingswissenschaft ist die Soziologie, als Mitglieder einer sich wandelnden Gesellschaft fühlen sich die meisten; die nationale Geschichte ist ihnen fern. Ihr Herz erwärmt sich nicht dabei, und sie erröten nicht, wenn sich herausstellt, daß sie von ihr weniger wissen als von Françoise Sagan oder Salvadore Dalí. Der nachdenkliche Gesprächsteilnehmer konnte sich an diesem Abend in seiner Überzeugung bestätigt fühlen, daß die deutsche Nation — versteht man sie nicht als Verkehrs- und Erwerbsgemeinschaft, sondern als bewußt gewollte, von der Vergangenheit bestimmte, in die Zukunft gerichtete Lebensgemeinschaft — nicht mehr besteht.

*

Nun ist überall bei den älteren Völkern das Nationalgefühl schwächer geworden. Nationalismus im Sinne des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts, als glühende, leidenschaftliche, das Dasein beherrschende Empfindung, gibt es nur noch bei den jungen Staaten Asiens und Afrikas. Bei den Europäern (mit Ausnahme der Osteuropäer) hat gerade die Überhitzung des Nationalgefühls zu einem Rückschlag geführt. Das übrige haben die besseren Verkehrsmittel, Austauschstudium, internationale Stipendien und der Massentourismus besorgt. Wenn Mr. Smith aus Manchester, M. Durant aus Marseille und Herr Müller aus München einander vor der Markuskirche begegnen oder sich in Cannes gemeinsam sonnen, bleibt für das Hochgefühl, dem andern national überlegen zu sein, nicht viel übrig. Zum nationalen Hochmut, jener äußersten und gefährlichsten Verdichtung des Nationalgefühls, gehört eine räumliche Entfernung, die in unseren Tagen schwindet.

Der General de Gaulle wird überall in der Welt bestaunt wie ein lebender Dinosaurier, als ein Überbleibsel aus einer versunkenen Welt. Rudyard Kipling wäre heute in Großbritannien nicht mehr möglich, und von der gelben Jingo-Presse haben sich nur spärliche Reste erhalten.

Dennoch bleibt ein Unterschied zwischen den anderen Völkern und uns bestehen, ein Unterschied des Grades nur, wie man begütigend sagen könnte, aber dennoch von entscheidender Bedeutung. Die Schweiz etwa wird kein Mensch für ein besonders nationalistisches Land halten; Stolz auf Macht und Ruhm und Größe verbietet sich von selbst. Aber man begegnet dort einer Selbstverständlichkeit des Gefühls der Zusammengehörigkeit, die uns verlorengegangen ist.

Ganz sinnfällig wird der Unterschied bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten. Man trifft immer noch genug Bürger, die Amerika für „Gottes eigenes Land“ halten. Die Gefühle der breiten Schichten finden ihren Ausdruck in der weitverbreiteten Unterhaltungsliteratur und im Film. Bei der Lektüre von Taschenbuchromanen und dem Betrachten populärer Filme wird die Geschichte der USA immer von neuem lebendig. Die Amerikaner besitzen ein allgemeinverbindliches Geschichtsbild, in dem sich Freiheitsbewußtsein, Idealismus, militärischer Stolz, Patriotismus und Unkenntnis fremder Völker auf wunderliche, aber eindrucksvolle Weise mischen. Niemand wird behaupten, die Amerikaner seien ein besonders militärfrommes Volk. Aber sie beziehen auch ihre Kriege unbefangen in ihr Geschichtsbild ein, gleich, ob diese Kriege gegen Briten, Indianer, Deutsche oder gegen die eigenen Landsleute geführt worden sind. Ihren großen Bürgerkrieg vor hundert Jahren verdrängen sie nicht aus ihrem Bewußtsein, sie beschäftigen sich unaufhörlich mit ihm.

Was aber würde einem Filmproduzenten bei uns begegnen, der unseren großen Bürgerkrieg, Königgrätz etwa, zum Hintergrund einer abenteuerlichen Liebesgeschichte machen würde? Ohnehin dürfte er es nicht wagen, den königlich-preußischen Oberstleutnant Graf von Finckenstein noch einmal seinen berühmten Ritt in die Nacht unternehmen zu lassen. Aber auch, wenn der Filmautor und Regisseur fleißig Konstantin Frantz oder Paul Wilhelm Wenger gelesen hätte und nun den edlen, gramgebeugten Benedek, den trauernden Wiener Hof, die verzweifelten Süddeutschen liebevoll schilderte, im Hintergrund die finstere Gestalt Bismarcks, wie er in dämonischer Siegerfreude über seinen kahlen Kopf streicht — der geschäftliche Zusammenbruch wäre dem Filmunternehmen sicher. Kaum ein Besucher würde die Bilder verstehen.

*

Nur mit Rührung kann man daran denken, wie nach 1945 die großdeutschen Föderalisten aufatmeten und nun darangingen, ein neues, volkstümliches Geschichtsbild für die Deutschen zu zeichnen, in dem der Stolz auf unsere Vergangenheit nicht fehlte. Der antipreußische Affekt sollte das natürliche gesamtdeutsche Bewußtsein keineswegs verändern; föderalistisch-deutsche und föderalistisch-europäische Überzeugungen sollten gemeinsam ihre historischen Verbindungen finden. Heute, zwanzig Jahre später, müssen die Antipreußen sich genauso geschlagen geben wie die Borussen oder die letzten Schüler Srbiks, der einst davon geträumt hatte, den Stolz der Preußen, der Österreicher und der Süddeutschen in einem gemeinsamen Bewußtsein der Reichsgeschichte zu vereinigen.

Die Antipreußen mögen in Tauberbischofsheim die Menschen begeistern. Aber sobald der Redner daranginge, über die Abneigung gegen Bismarck hinauszudrängen zu einem neuen politischen Bewußtsein, das seine Wurzeln

auch in einer lebendigen Verbindung mit unserer Vergangenheit (vor dem Aufkommen Preußens) finden müßte, würde er schnell scheitern. Wenn man schon Friedrich nicht leiden kann — was bei dieser höchst widerspruchsvollen Gestalt leicht möglich ist —, dann sollte man wenigstens, so mag mancher von den Älteren meinen, Maria Theresia lieben können (die ja unser aller Kaiserin und dazu eine liebenswerte Frau war). Aber für die jüngere Generation sind Friedrich und Maria Theresia gleicherweise Gestalten aus der Vorzeit. Die innere Beziehung der Jungen zu ihnen gleicht der, die sie mit Cäsar oder Karl dem Großen verbindet. Für die jüngere Generation beginnt die deutsche Geschichte mit — Auschwitz, höchstens mit 1933.

Daß seit einigen Jahren dazu noch der Kriegsausbruch von 1914 so viele Gemüter bewegt, widerspricht nur scheinbar dieser Feststellung. Niemand will mehr wissen, ob wir vielleicht den ersten Weltkrieg hätten gewinnen können oder ob nicht schon in dieser Zeit eine kraftvolle Linke die Demokratie hätte erzwingen können. Das bewegt nur Berufshistoriker. Aber bei der Beschäftigung mit dem Kriegsausbruch 1914 wirken Empfindungen mit, die in unserer allerjüngsten Vergangenheit, eigentlich schon in unserer Gegenwart entstanden sind. Wir haben allen Respekt vor dem Mut und dem Forscherdrang Fritz Fischers. Aber er wird sich hoffentlich nicht darüber täuschen, daß der Beifall, der ihm und seinen Schülern auf dem Berliner Historikerkongreß entgegenbrauste, nicht nur aus den reinen Quellen historischen Wissenseifers rührte. Die jüngere Generation sah mit tiefer Genugtuung das Bild bestätigt, das ihnen Zeitungen, Redner, Literaten von den Deutschen beigebracht haben: herrschaftslüstern und tapsig.

Nein, der Versuch, den Blick der jungen Generation auf unsere Geschichte zu richten und dadurch wieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu schaffen, ist vergebens, weil die junge Generation nur noch die (unbestreitbaren) Schwächen sieht. Bekundungen des Nationalgefühls müssen heute schon handfeste Motive haben. Wer wird sich nicht des nationalen Rausches erinnern, der vor zwölf Jahren Millionen Deutscher ergriff, als wir im Fußballkampf alle anderen Nationen besiegten? Unvergesslich der Ausruf eines klugen, hochgebildeten Frankfurters in jenen Tagen: „Ich habe immer geglaubt, kein Nationalgefühl zu haben; nun bin ich wieder stolz darauf, ein Deutscher zu sein.“ Nur wird man kaum hoffen dürfen, auf olympische Siege, Länderwettkämpfe oder auch auf Exportzahlen ein Nationalgefühl gründen zu können, das von Dauer wäre.

*

Gegen die Überzeugung, die deutsche Nation — als bewußt verstandene, entschlossen gewollte Lebensgemeinschaft der Deutschen — sei tot, stehen jene Behauptungen, die in den letzten Jahren häufiger zu hören waren und die das Gegenteil aussagen. Ein neuer Nationalismus komme herauf, hört man. Was ist daran wahr?

Wenn man den Inhalt dieser Behauptungen im einzelnen prüft, sieht man schnell, daß sie im Grunde unserer These von dem Erlöschen des deutschen Nationalgefühls recht geben. Gewiß, die Landsmannschaften beharren darauf, daß ihre Mitglieder oder auch die Kinder der Mitglieder wieder in ein deutsches Pommern, Schlesien, Sudetenland zurückkehren dürfen. Gewiß, es mag sein, daß mancher Parteiführer zwar an dem außenpolitischen Sinn dieser Forderung zweifelt, daß er es aber nicht wagt, diese Meinung auszusprechen. Nur hat das alles mit Nationalgefühl nichts zu tun. Was die Landsmannschaften wünschen, entspringt einem — menschlich nicht nur verständlichen, sondern moralisch sogar lobenswerten — Sinn für Gerechtigkeit, für die Vergangenheit ihrer Familien, für Heimatliebe. Aber es sind Wünsche von Personen oder von Personengruppen für sich selber, die hier geäußert werden. Die Nation steht nicht dahinter, daß weiß jeder. Daß die Parteiführer es ablehnen, deutsche Rechtspositionen aufzugeben, drückt noch nicht leidenschaftliche Wünsche der Nation aus.

Wenn ein Ostpreuße heute verlangt, daß seine Familie wieder in ein deutsches Ostpreußen zurückkehren dürfe, so wäre das kein Nationalismus, sondern das genaue Gegenteil davon, ein sublimierter Egoismus nämlich. Wenn aber ein Westdeutscher forderte, daß die Schulzes nach Königsberg und die Müllers nach Stettin und die Schmids nach Breslau zurückkehren sollten, dann wäre er ein Nationalist. Aber wer von den Nichtvertriebenen äußert solche Forderungen?

Es ist ganz anders als in der Weimarer Republik. Damals hatte die Niederlage das Nationalbewußtsein der Deutschen nicht gebrochen; eher war es noch lebhafter und stärker geworden. Der Verlust von Bromberg und Thorn traf die Lebenskraft der Deutschen nicht so schwer wie heute der erzwungene Verzicht auf Königsberg, Breslau und Stettin. Dennoch war die ganze Nation von Bitterkeit erfüllt, und niemand dachte daran, sich mit dem Verlust abzufinden. Stresemann wie Brüning lehnten ein „Ost-Locarno“, eine Anerkennung der neuen Ostgrenze, ab. Für sie war diese Grenze kein Verhandlungsgegenstand. Sie hatten keine Rücksicht zu nehmen auf Landsmannschaften. Damals gab es „nur“ eine Million Flüchtlinge, und die waren nicht organisiert. Aber das Volk hätte es keinem Minister verziehen, wenn er sich nicht zu der Hoffnung bekannt hätte, daß Westpreußen wieder deutsch werde und Danzig zum Reiche zurückkehrte. Wer den Verzicht gefordert hätte, wäre von einem Sturm der Empörung aller Deutschen verschlungen worden, der keines Aufmarsches von Landsmannschaften bedurft hätte. Vierzig Jahre später ist aus dem Gegenstand nationaler Leidenschaft ein Problem geworden, das unter Erwägung kühler Zweckmäßigkeit gestellt wird.

Der wichtigste Einwand gegen die These, der Lebenswille der Deutschen sei gebrochen, rührt von dem entschiedenen Willen auch der Jüngeren, die Wiedervereinigung müsse herbeigeführt werden. Aber die Nachdenklichen

beobachten auch, daß die Zahl derjenigen steil zunimmt, die nicht mehr an die Wiedervereinigung glauben. Von solcher Resignation muß schließlich auch der Wunsch nach der Einheit geschwächt werden. Entscheidend aber ist, daß bei dem Willen zur Einheit überkommenes Nationalgefühl zwar noch mitschwingt, daß es aber immer mehr von anderen Gefühlen verdrängt wird. Den Leuten jenseits von Elbe und Werra geht es schlechter als uns; sie leben unter einem Regime, das sie ablehnen; wir haben die Verantwortung, wir müssen ihnen helfen — so ungefähr sind die Überlegungen der jüngeren Generation. Wären die Zustände drüben aber besser, freiheitlicher, menschlicher, gelänge es nicht nur, wie Golo Mann hofft, „polnische“, sondern „österreichische Zustände“ herbeizuführen — mit einem Schlage würde der Wille zur Wiedervereinigung sinken.

*

Wieder lehrt ein Blick in die Vergangenheit, um wieviel feuriger früher das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit war. Der Wille der Stein, Arndt, Pfizer, Riesser, Gagern zur deutschen Einheit war unabhängig von Regierungs- und Gesellschaftssystemen. Sie hätten sich geweigert, den heute so beliebten Unterschied zwischen Einheit und Freiheit anzuerkennen. Für sie verschmolzen nationale Einheit und Freiheit in eins. Heute glauben viele, auf die nationale Einheit verzichten zu können, wenn nur die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte gesichert werden.

Das alles sind mehr als theoretische Überlegungen. Sie helfen einem in der praktischen Politik. Sie lehren uns, daß man es nicht allzu wichtig nehmen darf, wenn Hoggan in Deutschland Leser findet oder wenn sich wieder einmal eine Partei auf tut, die Worte wie „national“ oder „Reich“ in ihren offiziellen Namen aufnimmt. Es ist klar, daß eine so machtvolle Bewegung, wie es die nationaldeutsche einmal war, nicht in einer Generation plötzlich verschwindet. Überreste halten sich. Aber sie haben keine Aussicht, jemals Bedeutung zu gewinnen. Die überwältigende Mehrzahl der Jüngeren versteht sie nicht mehr. Und es wird auch klar, daß jeder Politiker schlecht beraten ist, der glaubt, Wahlkämpfe mit nationalen Parolen gewinnen zu können. Diese Politiker sind allerdings nicht so zahlreich, wie mancher annimmt. So töricht sind unsere Parteiführer nicht. Erich Mende etwa wird zwar nachgesagt, er spreche aus, was seine Wähler hören (oder was er glaube, daß seine Wähler hören wollten), und daß er deshalb gelegentlich nationale Töne anschläge. Wer ihn kennt, weiß aber, daß für ihn die Nation wirklich noch einen Wert bedeutet, daß Nationalgefühl zu seinem Wesen gehört. Warum soll er nicht sagen, was er denkt? Gefährlich würde es erst, wenn er glaubte, damit Wählerstimmen in seine Scheuern führen zu können. Aber man kann sich nicht vorstellen, daß ein so erfahrener Taktiker wie er das ernstlich annähme.

Schließlich aber ergibt sich aus dem langsamen Erschöpfen des Nationalgefühls,

wie unbegründet die Sorge derjenigen ist, die für unsere gegenwärtige politische Ordnung fürchten, weil sie die Drohung des „neuen Nationalismus“ ernstnehmen. Sie denken zuviel daran, wie der Weimarer Staat untergegangen ist. Sie handeln wie die berühmten Generäle, die die verlorenen Schlachten hinterher doch noch gewinnen möchten. Keine Phantasie reicht heute aus, sich auszumalen, wer die parlamentarische Demokratie noch einmal stürzen könnte. Bestimmt nicht die Nationalisten. Vorläufig liegt die Gefahr für unsere politische Ordnung in ihrer eigenen Auflösung von innen her. Ein Parlament, das die Diskussion über die deutsche Schicksalsfragen dem Rundfunk, dem Fernsehen und den Massenzeitungen überläßt, kann kaum damit rechnen, daß es vom Volk geliebt und geachtet wird. Ein Parlament, das nicht mehr die Ausgabefreudigkeit der Regierung hemmt, sondern sie im Gegenteil zu erhöhten Ausgaben zwingt, untergräbt sein Ansehen. Das ist wichtiger als Aufmärsche mit wehenden Bannern, unter denen leidenschaftlich nationale Töne angestimmt werden. Wenn Kurt Tucholsky noch lebte, würde er sagen: „Der deutsche Nationalismus — das ist ein Plakat ohne Ware.“

Notwendig ist die Sorge aller für die Freiheit;
denn sie ist das kostbarste, nie von selber zufallende,
nicht automatisch sich erhaltende Gut.
Sie kann nur bewahrt werden, wo sie zu Bewußtsein gekommen
und in die Verantwortung auf genommen ist.

KARL JASPERS

Dänische Beiträge zur schleswigschen Lokalgeschichte aus dänisch-deutscher Sicht

Im Originaltext des uns von Herrn Generalkonsul Professor Dr. Troels Fink freundlich zur Verfügung gestellten Aufsatzes lautet die Überschrift „Sønderjysk lokalhistorie i dansk-tysk perspektiv“. Das Wort sønderjysk ist schwer übersetzbar. Es ist die Adjektivform für „Sønderjylland“, und diese Bezeichnung entspricht geographisch dem ehemaligen Herzogtum Schleswig; „sønderjysk“ kann aber nicht mit „schleswigsch“ übersetzt werden, weil bei dem Wort „sønderjysk“ im Dänischen ein gefühlsbetonter Wert mitklingt und am besten als „schleswigsch, von einem dänischen Gesichtspunkt betrachtet“, gekennzeichnet werden kann. In Absprache mit dem Autor wurde hier für sønderjysk im Deutschen „dänisch-schleswigsch“ verwendet.

Das historische Interesse macht sich in diesen Jahren in Dänemark stark geltend. Eine neue große, zusammenfassende Geschichte Dänemarks ist z. B. im Verlag Politiken herausgegeben worden. Das Werk ist in 14 Bänden, von denen 13 erschienen sind, geplant. Es wurden 70 000 Exemplare verkauft. Das ist ein Publikumserfolg, der aus dem Rahmen fällt.

Die Verfasser sind angesehene Wissenschaftler, und die Darstellung ist im besten Sinne volkstümlich. Die Illustrationen sind besonders gut ausgewählt, und so ist es ein erlesenes Vergnügen, diese vielen Bände zu lesen.

Nur eine Einwendung allgemeiner Art könnte man machen — „Einwendung“ ist schon ein zu starkes Wort, aber sich mit der Bezeichnung „charakteristischer Zug“ zu begnügen, wäre andererseits zu schwach, da es sich um eine gewisse Begrenzung handelt. Es läßt sich am besten so erklären, daß die Verfasser unbewußt, und insoweit verständlich, gleichsam das jetzige Dänemark in Umfang und Idee auf die vorhergegangenen geschichtlichen Perioden zurückprojiziert haben, ungeachtet der Tatsache, daß das dänische Reich oder die dänische Monarchie eine größere Ausdehnung besaß und daß die verantwortlichen Politiker von anderen Vorstellungen und Absichten geleitet wurden als die Leitsätze, die heutzutage für dänische Politiker maßgebend sind. Selbstverständlich sind Schonens Gemeinschaft mit Dänemark und die dänisch-norwegische Verbindung erwähnt, und das Verhältnis zu den Herzogtümern Schleswig und Holstein ist eingehend behandelt, aber aus der Perspektive des dänischen Königreichs gesehen. Hierfür gibt es gute Gründe. Entsprechend wird norwegische Geschichte während der Zusammengehörigkeit 1380—1814 oft ohne tieferes Verständnis für die Reichseinheit mit Dänemark von norwegischen Historikern isoliert betrachtet,

und ähnlich neigen die Historiker im Lande Schleswig-Holstein dazu, den jetzigen Begriff Schleswig-Holstein auf frühere Perioden zurückzuprojizieren, was nur mit großem Vorbehalt zutrifft. Die Tendenz ist überall dieselbe, nur mit dem kleinen Unterschied, daß die zentrale Stellung Kopenhagens im Reich in früheren Zeiten bewirkt, daß dänische Historiker vielleicht etwas größere Rücksicht auf die Ganzheit nehmen als ihre Kollegen in Norwegen und in den „Herzogtümern“; so nennt man in geschichtlichen Darstellungen noch Schleswig und Holstein, im Gegensatz zu den „Königreichen“ Dänemark und Norwegen.

Diese allgemeinen Betrachtungen werden als Hintergrund einer These bezüglich der dänisch-schleswigschen Lokalgeschichte, die von der allgemeinen Tendenz abweicht, angeführt, indem nämlich die Geschichte des alten Herzogtums Schleswig nicht aus der jetzigen Abgrenzung Dänemarks oder aus der des jetzigen Landes Schleswig-Holstein in seiner Begrenzung betrachtet werden kann. Die dänisch-schleswigsche Geschichte ist einerseits ein integrierender Bestandteil der dänischen Geschichte, aber sie führt gleichzeitig über die Begrenzung, die dänische Historiker sich oft unbewußt auferlegen, hinaus. Die Geschichte des ehemaligen Herzogtums Schleswig ist auf vielen Gebieten mit der holsteinischen verbunden und die Problemstellung ist mit der schleswig-holsteinischen verknüpft, aber sie findet nicht Raum innerhalb dieser Begrenzung. Sie sprengt auf eine Weise den Rahmen und gibt der Gesamtheit eine andere Perspektive.

Wir haben im vorigen auf dänische, norwegische und schleswig-holsteinische Geschichte hingewiesen —, also die Elemente in dem alten Gesamtstaat, aber der gleiche Umstand, daß die dänisch-schleswigsche Geschichte den staatsrechtlich gegebenen Abgrenzungen trotz, macht sich auch für spätere Perioden geltend. In der Zeit von 1866 bis 1920 war Schleswig als ein Teil der Provinz Schleswig-Holstein Preußen einverleibt. Die Begegnung zwischen dem preußischen Staat und dem dänischen Bevölkerungsteil in Nordschleswig schlug Funken. Darüber ist viel berichtet worden, aber man hat sich in früherer dänisch-schleswigscher Geschichtsschreibung nicht eingehend genug mit dem preußischen Faktor als solchem beschäftigt; man begegnete ihm in seiner größten Gestalt und beurteilte ihn dementsprechend, aber seine Voraussetzungen waren nuancierter, als man auf den ersten Blick bemerkt, und hier wartet eine Aufgabe auf einen jungen Historiker, der die Nuancen klarmachen kann.

Nach 1920 spielte das preußische Element eine kleinere Rolle; aber andererseits wurde in den Jahren 1933—1945 der deutsche Nazismus ein Faktor, der sich sowohl in Süd- als auch in Nordschleswig geltend machte, wenn auch verschieden. Nach 1945 ist Schleswig historisch gesehen sowohl mit der Entwicklung des Königreiches Dänemark als auch der des Landes Schleswig-Holstein untrennbar verbunden, und im weiteren Sinne muß man auch die

Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland mit hineinbeziehen. Aber diese Periode ist noch kaum Geschichte geworden; hier müssen Vertreter der Staatsbürgerkunde einspringen und Vergleiche zwischen dänischem und deutschem Gesellschaftsleben im weitesten Sinne anstellen.

Eine Begründung dieses eigentümlichen Verhältnisses, daß die dänisch-schleswigsche Geschichte den gegebenen Rahmen sprengt, liegt darin, daß das alte Herzogtum Schleswig als historischer Begriff alle Teilungen und die staatsrechtlichen Umwälzungen überlebt hat. Als völkerrechtlicher Begriff hörte das Bestehen des Herzogtums Schleswig mit Preußens Okkupation und Inkorporation im Jahre 1866 auf; als historischer Begriff ist es bis zum heutigen Tag bemerkenswert lebendig. Die historische Forschung der letzten Jahre gibt dafür Beispiele und legt außerdem Zeugnis davon ab, daß, wenn man die Geschichte des Landesteiles verstehen will, es notwendig ist, viele Schranken zu durchbrechen und Zusammenhänge über Grenzen, die später errichtet wurden, zu suchen. Dadurch hat die dänisch-schleswigsche Geschichtsforschung eine Funktion sowohl nach dänischer als nach deutscher Seite, die über jede enge und über jede bisher geltende nationale Begrenzung hinausweist.

*

Innerhalb der letzten zehn Jahre ist eine Reihe bedeutender Arbeiten innerhalb der dänisch-schleswigschen Geschichtsforschung erschienen. Als ein Novum kann man hervorheben, daß die Mehrzahl derjenigen, die sich nun mit dänisch-schleswigscher Geschichte beschäftigen, im Landesteil wohnen, während die Forschung, was Dänemark angeht, vorher ihr Zentrum in Kopenhagen hatte. Die umfassende Zeitschriftenliteratur wird in dieser Besprechung nicht berücksichtigt, und es wird nicht der Versuch gemacht, einen Vergleich mit der historischen Produktion der letzten Jahre, die auf deutscher Seite erschienen ist, vorzunehmen. Die Übersicht, die im folgenden gegeben wird, konzentriert sich also auf die dänischen Beiträge und die Bedeutung, die man ihnen durch die Erweiterung des Horizontes für dänische historische Wissenschaft beimessen kann; aber hoffentlich werden die Themen auch deutsche Leser interessieren.

Unter den Arbeiten, die in den letzten Jahren erschienen sind, will ich nur einige einzelne hervorheben. Vor allen Dingen eine lokal-historische Arbeit im strengsten Sinne, die Abhandlung des Seminarlektors¹ Gotlieb Japsen „Den nationale Udvikling i Aabenraa 1800—1850“ (1961). Diese lokal stark begrenzte Abhandlung enthält Perspektiven, die weit über den lokalen Rahmen hinausgehen. Es ist in Wirklichkeit eine Schilderung des inneren Auflösungsprozesses des alten Gesamtstaates, illustriert durch Beispiele aus

¹ Der Seminarlektor entspricht dem Professor an einer deutschen Pädagogischen Hochschule.

Apenrade. Das klassische dänische Werk über die Zeit des nationalen Erwachens in den dreißiger und vierziger Jahren von P. Lauridsen trägt den Titel: „Da Sønderjylland vågnede“ (Als das dänische Schleswig erwachte, 1909—22), und in der dänischen Geschichte wurde es die traditionelle Etikette, die man dieser Phase der Entwicklung gab. Japsens Buch könnte man im Gegensatz hierzu „Der Zusammenbruch des Gesamtstaatspatriotismus“ nennen. Ein Zitat zeigt die Ausgangssituation: „Die dänische Monarchie war für die Apenrader das Vaterland schlechthin und Kopenhagen die Hauptstadt, das Königreich war nahe und vertraut, aber Deutschland ein fremdes Land.“ (S. 165). Japsen hat ebenfalls gezeigt, wie der ältere Schleswig-Holsteinismus sich natürlich in den Rahmen des Gesamtstaates einfügen ließ, während dagegen die schleswig-holsteinische Doktrin, wie sie seit etwa 1840 geformt wurde, in ihrem Kern revolutionär war, und ihre Konsequenz war folglich die Auflösung des Staates. Es geht aus Japsens Schilderung hervor, daß die größere Rücksichtnahme auf die dänische Epoche, die im Jahre 1840 darin ihren Ausdruck fand, daß Dänisch die Rechtssprache wurde, wo sie bisher Kirchen- und Schulsprache gewesen war, eine heftige schleswig-holsteinische Reaktion hervorrief; dieser Unwille gegen dänische Sprache und Kultur wuchs in den folgenden Jahren. Die Frage wurde politisiert. Die Schleswig-Holsteiner konnten der dänischen Sprache nichts einräumen, ohne entscheidende politische Verluste fürchten zu müssen, und die zwei Nationalitäten begegneten sich in einem unversöhnlichen Sprachenkampf; aber erst im Jahre 1848 teilten sich die Gewässer, national gesehen, endgültig.

Mit Recht hat Japsen die Auseinandersetzungen um 1840 als entscheidend bezeichnet; die lokalen Verhältnisse in Apenrade sind in den allgemeinen dänischen und in den schleswig-holsteinischen Zusammenhang gebracht; möglicherweise hätte außerdem die allgemeine deutsche Entwicklung um 1840 in das Gesamtbild mit hineinbezogen werden können. Im Jahre 1840 entflamte nämlich der deutsche Nationalismus heftig im Zusammenhang mit der französisch-deutschen Spannung am Rhein. Mit Begeisterung sang man in dieser Zeit in Deutschland: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein.“ Die Einwendung ist nicht von größerer Bedeutung und wird hier nur als Beispiel dafür angeführt, daß die dänisch-schleswigsche Geschichte in ihren verschiedenen Phasen fast immer eine europäische Dimension gehabt hat, deren Hervorhebung von Wert ist, um lokalhistorischer Nabelschau zu entgehen.

Eine andere lokalhistorische Abhandlung mit breiter Perspektive ist Seminarlektor H. V. Gregersens Buch: „Dem Lyneborgske Saltoktroy.“ (1962). Auf den ersten Blick könnte man glauben, es handele sich um niedersächsische Lokalgeschichte, da Lüneburg in einem alten sächsischen Gebiet liegt; aber der zentrale Teil des Buches ist eine Darstellung eines Versuches, der um das Jahr 1700 gemacht wurde, um ein Salzmonopol gemeinsam für den königlichen Teil und den

herzoglich-gottorfischen Teil des Herzogtums Schleswig zu errichten. Lüneburgische Salzproduzenten waren eifrig bemüht, sich einen festen Absatz zu sichern, und die Staatsmacht bemühte sich, feste Einnahmen für sich zu schaffen; aber es war ein sinnloses Vorhaben, in einem solchen administrativen Chaos, wie das Herzogtum es damals war, den Schmuggelhandel aufzuhalten. Die Enklaven des Königreichs fielen nämlich nicht unter die Verordnung — auch nicht die adeligen Güter; es bestand also reichlich Gelegenheit, den Schmuggelhandel zu organisieren; gleichzeitig vermehrte sich das Interesse für das gute englische Salz. Der Monopolplan ließ sich nicht durchführen, aber beim Verfolgen seines Schicksals hat H. V. Gregersen ein lebendiges Bild der schwierigen politischen Verhältnisse in dem geteilten Schleswig gegeben, wo König und Herzog in scharfem Gegensatz zueinander standen; selbst als das ganze Schleswig im Jahre 1713 zur Krone gekommen war, konnte das Monopol nicht durchgeführt werden; H. V. Gregersen hat mit seinem Buch sowohl einen Beitrag zum Verständnis der ökonomischen Geschichte der Zeit als zur Beleuchtung der Placierung Schlesiws in dem großen Handelszusammenhang zwischen Dänemark Norwegen, England und Norddeutschland geleistet.

In der traditionellen Geschichtsforschung spürt man, daß deutsche Historiker sowohl dem gottorfischen Fürstenhaus wie der schleswig-holsteinischen Ritterschaft Sympathie entgegenbringen, während die Sympathie der dänischen Historiker naturgemäß sich mehr dem König und dem Reich zuwendet. Daher beschränkt der dänische Einsatz bezüglich der Erforschung der Geschichte der gottorfischen Periode (1544 bis 1773) sich vorzugsweise auf die außenpolitischen Aspekte, während die inneren Verhältnisse und das Kulturleben vorzugsweise von schleswig-holsteinischen Historikern behandelt worden sind. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet die Herausgabe einer bedeutenden Quelle zur gottorfischen Kulturgeschichte, nämlich „Jacob Fabricius den Yngres Optegnelser 1617—1644“ durch Historisk Samfund for Sønderjylland im Jahre 1965. Damit wurde eine sehr schwierige wissenschaftliche Aufgabe gelöst. Die Ehre dafür gebührt Pastor A. Andersen, Hadersleben. Jacob Fabricius' Aufzeichnungen sind in einem Gemisch von Hochdeutsch, Plattdeutsch und Latein geschrieben, und sie befanden sich in größter Unordnung. Die Ausgabe enthält den Text und eine Übersetzung des Ganzen ins Dänische. Nur dank eines einzigartigen philologischen Talents ist es Pastor Andersen gelungen, das Manuskript zu dechiffrieren. Die meisten Aufzeichnungen stammen aus den zwanziger Jahren des 17. Jahrhunderts; es sind vorzugsweise Notizen von den Mahlzeiten am Hofe. Herzog Friedrich III. war damals noch ein verhältnismäßig junger Mann. Er hatte viel Sinn für Musik und schätzte auch ein gutes Glas Wein; über den Zusammenhang zwischen Musik und Wein kam er zu folgender Auffassung: „Wenn man lustig ist in convivio, so klinget zuerst, wenn man noch nüchtern ist, Saitenspiel, Laute, Violen sehr wohl; wird

man aber was lustiger, es müssen Zincken und Posaunen gehen; wo man aber gar truncken wird, so müssen Trompeten und Posaunen das Beste tun.“

Jacob Fabricius' Aufzeichnungen sind eine Goldgrube für denjenigen, der sich mit dem Alltag am Gottorfer Hof bekanntmachen und in die politischen und religiösen Gedankengänge der Zeit eindringen will. Sie werden auch zu einem nuancierteren Bild des Verhältnisses zwischen Gottorf und der Krone beitragen. Unter anderem erhält das Bild von König Christian IV. von Dänemark neue Züge.

Durch die dänisch-schleswigsche Lokalgeschichte wird so den heimischen wie den fremden Forschern eine Quelle von großem allgemeinen Wert zur Verfügung gestellt.

Während der Gottorfer Hof einen Mittelpunkt für die höchste Bildung der Zeit innerhalb des deutschen Kulturgebietes bildete, machte man in dem königlichen Teil nicht einmal einen Anlauf, ein dänisches kulturelles Zentrum zu schaffen; im Gegenteil, in der Zeit des Absolutismus, seit 1660, herrschte die Tendenz, deutscher Sprache und Bildung eine ganz dominierende Stellung in den königlichen Teilen Schleswigs einzuräumen; aber Anfang des 18. Jahrhunderts wurde das Sprachproblem dadurch aktuell, daß ein wachsender Bedarf an Hilfsmitteln im Gottesdienst in dem Teil des Herzogtums bestand, wo Dänisch die Kirchensprache war, d. h. auf dem Lande im jetzigen Nordschleswig. Durch den pietistischen Glauben entstand in Deutschland ein großer Schatz an Chorälen, und es wurde für die Pastoren in den nördlichen Teilen ein Problem, sie durch Übersetzungen für ihre Gemeinden zugänglich zu machen. Mehrere Anläufe aus dieser Zeit sind bekannt, aber am bedeutendsten wurde ein Gesangbuch auf Dänisch, herausgegeben von dem Pastor in Varnæs, Bertel Christian Ægidius; es wurde in Flensburg im Jahre 1717 gedruckt und das Flensburg-Gesangbuch genannt. Auf diesem Hintergrund muß die reiche Choraldichtung von Hans Adolf Brorson beurteilt werden. Diese Gesangbücher und andere kirchliche und christliche Bücher aus der Zeit 1717—1740 hat Pastor Hans Hejselbjerg Paulsen in seiner Doktordissertation von 1962 behandelt. Die Abhandlung ist kirchenhistorisch interessant, beleuchtet aber auch erneut das sprachliche Problem in Nordschleswig und zeigt die sehr großen Schwierigkeiten, denen die dänischsprechenden Gemeinden begegneten, wenn sie ihren Bedarf an geistigen Hilfsmitteln befriedigen wollten. Der Gedanke, Gesangbücher und Katechismen aus Dänemark einzuführen, lag außerhalb der damaligen Vorstellungswelt. Die Stiftsgrenze zwischen den Bistümern Schleswig und Ripen durch das westliche Nordschleswig erwies sich als eine sehr eigentümliche Kulturgrenze, ungeachtet der Tatsache, daß Dänisch auf beiden Seiten dieser Grenze die Kirchensprache war. In den dänischsprechenden Gebieten im Bistum Schleswig mußte man in hohem Maße zur Selbsthilfe greifen. Die Obrigkeit zeigte nur geringes Verständnis

für die Bedürfnisse der Gemeinden. Aber eine Reihe von Pastoren, die die naheliegenden Aufgaben zu lösen suchten, waren gleichzeitig bemüht, die geistigen Strömungen, die der Pietismus mit sich führte und die von Süd nach Nord gingen, zu vermitteln. Diesen ganzen Prozeß kann man nur im Zusammenhang mit der gleichzeitigen religiösen Bewegung in Norddeutschland verstehen, und die Abhandlung wird durch die Beleuchtung einer besonders geprägten Phase in der dänisch-deutschen kulturellen Begegnung interessant.

Dasselbe gilt von Seminarrektor Dr. Asger Nyholms Abhandlung „Nationale og religiøse Brydninger i Tønder på Sprogskripterens Tid“ (1958). Das Buch hat dieselbe Bedeutung für Tønder wie das von Japsen für Apenrade.

In Tønder entstand das nationale Problem ernstlich erst ein Jahrzehnt später als in Apenrade. Tiefschürfend und ernstlich bemüht, den beiden Parteien, die sich damals gegenüberstanden, historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hat Dr. Nyholm die Bestrebungen, einen Modus vivendi für die beiden Nationalitäten zu finden, klargestellt. Ein wesentliches Kapitel ist der sogenannten „Klosterbewegung“ geweiht, einer Bewegung, die in Westschleswig beheimatet und inspiriert von N. F. S. Grundtvig war. Ihr Ziel war sprachliche Freiheit in Kirche und Schule — Ideen, die erst nach 1920 allgemein anerkannt worden sind.

Innerhalb der von Historisk Samfund for Sønderjylland herausgegebenen Schriftenreihe befindet sich auch eine mit besonderer schleswig-holsteinischer Problemstellung, nämlich die Doktorarbeit von Reichsarchivar Johan Hvidtfeldt „Kampen om Ophævelsen af Livegenskabet i Slesvig og Holsten 1795—1805“ (1963). In ihrem Kern beleuchtet sie die Verhandlungen zwischen der Ritterschaft und den bürgerlichen Gutsbesitzern in den Herzogtümern einerseits und der Regierung in Kopenhagen andererseits über die Aufhebung der Leibeigenschaft. (Sie wurde endlich 1805 aufgehoben.) Hiermit wurde ein zentrales gesamtstaatshistorisches Thema aufgegriffen. Die Bodenreformen im Königreich und in den Herzogtümern wurden von derselben Regierung durchgeführt, aber in ziemlich abweichender Weise. Hier würde eine vergleichende Untersuchung sehr fruchtbar sein.

Im vorherigen haben wir eine Reihe von Arbeiten innerhalb der dänisch-schleswigschen Lokalgeschichte, wie sie sich in den späteren Jahren offenbarte, erwähnt. Für dänische Geschichte im allgemeinen bedeuten sie eine wesentliche Bereicherung, und was die dänisch-schleswigsche Geschichte im besonderen betrifft, zeugen sie von dem Willen, Einseitigkeit und Enge zu vermeiden.

Die schleswigsche Geschichte hat indessen auch einen lokalhistorischen Aspekt anderer Art. Hier sind sich durch Jahrhunderte dänische und deutsche Lebensart begegnet oder aufeinandergeprallt. Das Studium der Bauweise, Ortsnamen, die Organisationsformen der Landwirtschaft und sprachliche Eigentümlichkeiten

erhalten dadurch ein Interesse, das über das rein Lokale hinausgeht. Auch Studien mehr oder weniger folkloristischer Art erhalten eine über die Enge hinausweisende Perspektive, und man kann vielleicht am besten die Perspektive dadurch verdeutlichen, indem man erst die Tatsache, daß das Verhältnis zu Deutschland für Dänemark ein Hauptproblem ist, konstatiert, weil Dänemark nur eine Festlandsgrenze hat, während das Verhältnis zu Dänemark für Deutschland nur eines unter vielen bedeutet; dieser Unterschied wird ein beständiger Faktor sein; jedoch das Studium der historischen Probleme in dem dänisch-deutschen Spannungsfeld gibt einen natürlichen Anlaß, auch Interesse für entsprechende Auseinandersetzungs- oder Kontaktfelder an den übrigen Grenzen des deutschsprachigen Gebietes, im Elsaß, in der Schweiz, in Südtirol, in Österreich, um nur einige Beispiele zu nennen, zu zeigen. Auf diesem Gebiet ist noch vieles zu tun.

*

Die Voraussetzung für die vielen neuen Arbeiten innerhalb der dänisch-schleswigschen Geschichtsforschung ist die erfreuliche Tatsache, daß im Augenblick wie in Dänemark überhaupt auch im schleswigschen Landesteil ein starkes Interesse für Geschichte besteht. Historisk Samfund for Sønderjylland hat nahezu 3000 Mitglieder, und die Veranstaltungen erfreuen sich eines starken Zustromes. Vielleicht läßt sich dies Interesse als etwas, das geblieben ist, nachdem der nationale Kampf abgeklungen ist, erklären. Wenn das richtig ist, kann man sich nur darüber freuen, daß der schwindende nationale Gegensatz nicht nur einen Leerraum der Gleichgültigkeit hinterläßt, sondern daß er sich in ein Interesse für die merkwürdige und spannende Entwicklung des alten Herzogtums gewandelt hat. Das bedeutet für den Landesteil einen Wert, der zur Bereicherung des Alltags und der Erweiterung des Horizonts beitragen kann. Die strenge Forderung der historischen Wissenschaft, die Menschen der Vorzeit nur aus ihren eigenen Voraussetzungen zu beurteilen und die Folgen ihrer Handlungen im Zusammenhang mit dem Wissen, das wir ihnen voraushaben, zu bewerten, fügt sich vortrefflich ein in die Situation, die nun in dem schleswigschen Grenzlande herrscht, wenn der Wunsch nach einer positiven Auseinandersetzung der Kräfte bei den beiden alten Gegnern lebendig ist.

Deutsche und dänische Arbeiterbewegung in ihren Wechselbeziehungen

Karl Raloff, mit dem unsere Leser in dem Nachstehenden bekannt gemacht werden, hat auf Veranlassung des deutschen Konsuls in Apenrade, Hans Voos, Ende Januar vor einem geladenen Kreise von Deutschen und Dänen über das obige Thema gesprochen. Da uns der Vortrag sowohl von der Person als auch von der Sache und dem Kreise her, in dem er gehalten wurde, bedeutsam erscheint, haben wir den Referenten gebeten, uns die Niederschrift desselben zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

Wir befinden uns mitten im Grenzland, wo alle Menschen teilhatten oder teilhaben an den Wechselbeziehungen zweier benachbarter Völker und Kulturen — im Guten und im Bösen. Viele politische, geistige, religiöse, kulturelle, soziale und ökonomische Ströme sind hier aufeinandergestoßen und haben die Menschen geformt. Wir sind alle Produkte dieses Prozesses, dem wir uns nicht entziehen können. Ihre Heimat hier wurde ja eigentlich erst vor rund hundert Jahren wieder Grenzland, nachdem sie viele Jahrhunderte lang im Gesamtstaat Brücke zwischen unseren beiden Völkern war, in denen es sehr reiche und fruchtbare Wechselbeziehungen zwischen dänischem und deutschem Geistesleben gab. Darf ich kurz erinnern an das Zeitalter der Reformation, an die Klopstockzeit und an das sogenannte goldene Zeitalter der dänischen Literatur. Umgekehrt hat Deutschland von so hervorragenden dänischen Geistern wie Sören Kirkegaard, H. C. Andersen, Holberg, Karl Gjellerup, Jens Baggesen u. a. starke Impulse erfahren.

Dann kommt nach dem unglücklichen Kriege von 1864, dem Ende des Gesamtstaates und der Einverleibung Schleswig-Holsteins einschließlich Nordschleswigs in Preußen, eine neue Epoche. Ganz neue Kräfte treten in Erscheinung und werden zu Trägern frischer Gedanken und Impulse: einfache Handwerker und Handwerksgesellen, die auf der Wanderschaft, auf der Walze in Deutschland, der Schweiz, in Frankreich mit den Gedanken des Sozialismus vertraut werden und sie über die Grenze tragen nach Dänemark und weiter nach Skandinavien. Der vierte Stand, die Arbeiterklasse, erwacht zu politischem Bewußtsein und Handeln.

Anfänge der Arbeiterbewegung

Hier im Grenzland findet man — neben Kopenhagen, wo Pio, Brix und Geleff

wirkten — mit die ersten Anfänge dänischer, ja skandinavischer Arbeiterbewegung. In Hadersleben wohnte der Schneidergeselle August Palm. Er war auf seiner Gesellenwanderung 1873 in Hadersleben hängengeblieben, hatte dort geheiratet und sich der „Internationalen Arbeitervereinigung“ angeschlossen. Seine Begeisterung für Ferdinand Lassalle, den Gründer der ersten deutschen sozialdemokratischen Organisation, war so groß, daß er seinem 1875 geborenen Sohn, der jetzt neunzigjährig in Südafrika verstorben ist, die Vornamen „Theodor Frederik Lassalle“ gab.

August Palm entwickelte hier in Nordschleswig eine außerordentliche Aktivität und beteiligte sich an den Wahlkämpfen im Kreis Flensburg. Das ging den preußischen Behörden so auf die Nerven, daß sie — ein Jahr vor dem Inkrafttreten des Bismarckschen Sozialistengesetzes — August Palm, der dänischer Staatsbürger war, 1877 auswiesen. Er arbeitete zunächst einige Jahre in Store Hedinge und reiste dann, unterstützt von seinen Parteifreunden in Kopenhagen, nach Malmö. Dort hielt er am 6. November 1881 einen berühmt gewordenen Vortrag „Was wollen die Sozialisten“ und wurde damit der Gründer der schwedischen Sozialdemokratie. Mit Hilfe seiner Kopenhagener Freunde, die einen Verein gegründet hatten „Foreningen til Socialismens Udbredelse i Sverige“, gründete er in Malmö die Zeitung „Folkviljan“, die im März 1882 das erste Programm der schwedischen Sozialdemokratie enthielt, eine von Palm gemachte — wie man sagt — schlechte Übersetzung des dänischen Programms von 1876. Ausgerüstet mit 200 Kronen an Reisegeld von der Partei in Kopenhagen, reiste August Palm 1885 nach Stockholm und startete dort den schwedischen „Sozialdemokraten“, den er zusammen mit einem jungen Studenten, Axel Danielsen, redigierte, bis Hjalmar Branting im darauffolgenden Jahre die Redaktion übernahm.

Ja, und Branting wurde dann Staatsminister, und jetzt sind in Schweden schon einige Jahrzehnte lang sozialdemokratische Regierungen am Ruder: Per Albin Hansson folgte Branting, und jetzt regiert Erlander. Und daran hat ein wandernder dänischer Schneidergeselle, der aus Hadersleben ausgewiesen wurde, einen wesentlichen Anteil.

Auch ein wandernder Tischlergeselle, Sophus Pihl, brachte von seiner Wanderschaft in Deutschland sozialistische Ideen mit nach Dänemark. Er spielte eine Rolle in Kopenhagen, als die Polizei die drei Arbeiterführer Pio, Brix und Geleff nach der „Schlacht auf dem Fælleden“ einsperrte und „den internationale Arbejderforening“ verbot. Er gründete „den demokratiske Arbejderforening“, wurde aber auch verhaftet und wegen Aufruhrs zu elf Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1877 wanderte er nach Südafrika aus, kam 1885 zurück nach dem Norden und ließ sich in Bergen nieder, wo er einer der Bahnbrecher der norwegischen Arbeiterbewegung wurde.

Ein anderer Pionier war der Barbier Ernst Wilhelm Klein, der im Mai 1874 unter

dem Namen „De frie Fagforeningers Centralbestyrelse“ die erste zentrale Leitung für die gesamte Arbeiterbewegung, also Gewerkschaften und Partei, ins Leben rief.

Oluf Bertolt gibt in dem Buche „Idé og Arbejde“ die folgende Charakteristik von Klein: „Klein war ein eingewanderter Deutscher, ein sehr belesener und mit Rednergabe ausgerüsteter Mann. Er war ein überzeugter Sozialist, der sich darüber im klaren war, daß es nicht nur auf Zusammenhalt ankam, sondern auch auf Aufklärung und geistiges Erwecken unter den Arbeitern, bevor man sich Hoffnung machen könne, den Kapitalismus zu besiegen. Klein war ein sehr fleißiger Mann, der sich mit ungeheurer Energie in die Arbeit stürzte. Wenn man von denen spricht, die die Arbeiterbewegung der siebziger Jahre prägten, nimmt er in Wirklichkeit einen Platz ein, der ihn gleichstellt mit Pio. Klein wurde der eigentliche Urheber der Bildung von Gewerkschaftsverbänden der siebziger Jahre. Er stellte zum ersten Male ein Programm auf, das bedeutende Weitsicht verriet.“

Deutscher Sozialistenkongreß 1883 in Kopenhagen

Trotz aller Unterdrückung von seiten der konservativen Regierungen und Behörden machte die sozialistische Bewegung in Dänemark und in Deutschland starke Fortschritte. In Dänemark konsolidierte sie sich so schnell, daß sie schon sehr früh eine Anzahl eigener Versammlungshäuser besaß. Das historische Versammlungshaus in der Rømersgade in Kopenhagen war sogar schon im Jahre 1883 der Schauplatz eines illegalen deutschen Sozialistenkongresses, der dort vom 29. März bis 2. April 1883 tagte.

1878 hatte Bismarck durch das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie in Deutschland verboten. Aber fünf Jahre später war sie in der Illegalität so erstarkt, daß sie mit Hilfe ihrer dänischen Parteifreunde in Kopenhagen ihren Kongreß abhalten konnte. An ihm nahmen etwa sechzig Delegierte aus allen Teilen des Deutschen Reiches teil. Führende sozialdemokratische Abgeordnete, wie Wilhelm Liebknecht (der „alte“ Liebknecht), Wilhelm Hasenclever, August Bebel, Georg v. Vollmar, Ignaz Auer, Wilhelm Bios, J. H. W. Dietz, Carl Frohme u. a., waren nach Kopenhagen gekommen. Bismarcks Polizeispione hielten die gesamte Schweizer Grenze unter schärfster Kontrolle, weil sie vermuteten, daß der Kongreß dort stattfand. Auch in England und in Kopenhagen war die Polizei alarmiert worden. Als Politimester Crone in Kopenhagen einige Tage zu spät entdeckte, welche celebren Gäste unter falschem Namen in mehreren Kopenhagener Hotels wohnten, beeilte er sich, den Kongreß zu verbieten und die Deutschen aufzufordern, das Land zu verlassen. Liebknecht, den er am letzten Tage des Kongresses zu sich bestellte, versicherte ihm mit einem Lächeln: Das täte man gern. Der Kongreß wäre nämlich vorbei und zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Am

selben Tage veranstalteten die dänischen Sozialdemokraten für ihre deutschen Freunde ein festliches Abschiedsbankett, wo — wie es in der dänischen Parteigeschichte heißt — „hjertelige Forbindelser blev sluttet“.

Aber auf der Heimreise erging es einigen der Delegierten nicht gut. Sie fuhren denselben Weg zurück, den sie gekommen waren, nämlich die Route Korsør—Kiel, die jahrzehntelang existierte und jetzt wieder aufgenommen worden ist. Es gelang der preußischen Polizei, sechs der heimreisenden Delegierten in Kiel und drei in Neumünster zu verhaften. Darunter Bebel, Dietz, Auer und Vollmar, die jeder zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

1899 kam es zum ersten großen Arbeitskampf auf dem dänischen Arbeitsmarkt. Aus Anlaß eines Konfliktes bei „Titan“ setzten die Arbeitgeber einen Storlockout (Großaussperrung) in Gang, der die gesamte Bauindustrie und die Metallindustrie umfaßte. Er endete schließlich mit einem Vergleich und einem Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, das faktisch in den kommenden Jahrzehnten das Grundgesetz des dänischen Arbeitsmarktes war. Schon hier hob sich der grundlegende Unterschied zum deutschen Denken ab. In Deutschland muß alles in Gesetze und Paragraphen gefaßt werden — man braucht sich nur das Arbeitsrecht anzusehen: Mitbestimmungsrecht, Betriebsräte, alles staatliche Regelungen, während in Dänemark die Dinge durch Abkommen zwischen den Partnern des Arbeitsmarktes geregelt sind.

Bei diesem ersten großen Konflikt zeigte sich auch die internationale Solidarität der Gewerkschaften. Von den ausländischen Gewerkschaften wurden damals 675 000 Kronen übermittelt — für die damalige Zeit ein hoher Betrag. Ein alter Gewerkschaftler erzählte mir lange vor dem Kriege einmal, seine deutschen Kollegen hätten sehr namhafte Beträge überwiesen, während von den französischen Kollegen ein Telegramm mit revolutionären Grüßen gekommen sei.

Sozialdemokratie und Minderheitenschutz

Das gute Verhältnis zwischen der deutschen und der dänischen Arbeiterbewegung ist durch Jahrzehnte hindurch ungetrübt geblieben. Ihre Mitglieder haben sich gegenseitig immer als gute Kameraden betrachtet und die Organisationen sich gegenseitig unterstützt. Das war auch ganz natürlich. Beide hatten und haben eine nationale und internationale Grundhaltung, sind aber Gegner jedes Nationalismus und Chauvinismus. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Sozialdemokraten immer für den Schutz nationaler Minderheiten eingetreten sind. Im alten deutschen Reichstag fanden die polnischen und elsass-lothringischen Abgeordneten ebenso die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie wie der Abgeordnete der dänischen Minderheit, H. P. Hanssen aus Aenrade. Man hat mir berichtet, daß die Sozialdemokraten ihm sogar gelegentlich einen ihrer Ausschußsitze überließen, wenn besondere Belange der

Minderheit auf der Tagesordnung standen. Ich weiß von meinem Freunde Gerhard Breitscheid, wie eng H. P. Hanssen mit seinem Vater, Rudolf Breitscheid, dem führenden Außenpolitiker der Sozialdemokratie, befreundet war. Ich habe mit großem Interesse in H. P. Hanssens Tagebüchern vom ersten Weltkrieg gelesen, wie sein Schwiegersohn, der spätere Amtmann Refslund-Thomsen, in Kiel und Hamburg in der Lehre als Arbeitersekretär war. Die Arbeitersekretäre spielten damals sozial und politisch eine sehr große Rolle. Wenn der spätere Amtmann und Kammerherr auf einer seiner langen Reisen von Königsberg nach Nordschleswig durch Berlin kam, dann schlief er bei Breitscheids auf dem Sofa. Während des ersten Weltkrieges halfen die deutschen Sozialdemokraten durch ihren Einfluß, daß die Kohlenversorgung Dänemarks einigermaßen aufrechterhalten wurde — trotz Kohlenmangels und strenger Rationierung in Deutschland. Importeur dieser großen Mengen deutscher Kohlen war „Arbejdernes Brændselsforsyning“ in Kopenhagen, die damals ein ganz großes Kohlenlager am Hafen hatte und dazu den damals größten Kran in Skandinavien. 1917 führte dies zu einer politischen Krise. Die Konservativen und die Venstre griffen die Sozialdemokraten an und forderten den Rücktritt Staunings, der als Kontrollminister dem radikalen Kabinett Zahle— Scavenius—Munch angehörte. Der dänische Historiker Kjeld Winding schreibt darüber u. a. in „Danmarks politiske historie“: „So gab es eine Affäre mit ‚Arbejdernes Brændselsforsyning‘, die durch ihre Verbindungen mit der deutschen Sozialdemokratie bedeutende Mengen deutscher Kohle ins Land gebracht hatte. Regierungsfeindliche Kreise sahen dies als Beweis dafür an, daß die Sozialdemokratie ‚mit Deutschland hielt‘. Richtig daran war, daß die Sozialdemokraten nicht den wilden und wahnsinnigen Haß der bürgerlichen nationalen Kreise gegen die deutsche Nation teilten und von alters her in einem recht nahen Verhältnis zur deutschen Arbeiterpartei standen.“

Sozialdemokratie und Nordschleswig

Dann kamen der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Versailler Friedenskonferenz, die Volksabstimmung in Nordschleswig und die Heimkehr dieses Landesteils nach Dänemark.

Für die deutschen Sozialdemokraten war dies eine Selbstverständlichkeit, wie ich schon erwähnte. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten faßten bereits auf ihrem Parteitag 1902 in Flensburg ihre historische Resolution. Darin heißt es u. a.:

- a) Grundsätzlich wird anerkannt, daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig sowohl nach dem widerrechtlich beseitigten Artikel V des Prager Friedens als auch nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu entscheiden hat, ob und wieweit sie zu Preußen oder Dänemark gehören will,

- b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die dänischen Stammes sind, solange sie gezwungen oder freiwillig zum Deutschen Reich gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben.

Ausgehend von diesen Grundsätzen“, hieß es dann weiter, „ist es Aufgabe der Sozialdemokraten und ihrer Presse in Schleswig-Holstein, die Zwangspolitik in jeder ihrer Erscheinungsformen rückhaltlos zu bekämpfen.“

Der Kopenhagener „Social-Demokrat“ schrieb dazu 1910: „Die einzige solide Hoffnung auf ein freier gesinntes Deutschland, auch im Verhältnis zu den unterdrückten Nationalitäten, knüpft sich in Wirklichkeit an die deutsche Sozialdemokratie. Ihr Hauptvorstand hat die vom Parteitage der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie beschlossene Resolution offiziell anerkannt. Danach sollen die dänischen Nordschleswiger nicht nur volle bürgerliche Freiheit, sondern auch das Recht haben, in einer Volksabstimmung zu wählen, welchem Staat sie angehören wollen.“

Beim Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918 verhandelte denn auch H. P. Hanssen als Reichstagsabgeordneter in diesem Geiste mit den sozialdemokratischen Volksbeauftragten und Ministern in Berlin, und als Ergebnis seiner Verhandlungen konnte er dann in der bekannten großen Versammlung am 17. November 1918 im Folkehjem in Apenrade einen Brief des Staatssekretärs Dr. Solf vom Auswärtigen Amt in Berlin (14. Nov. 1918) verlesen, in dem dieser seine Erklärung bestätigt, die er am 24. Oktober 1918 im Reichstag abgegeben hatte:

„Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß auch die Nordschleswigfrage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der betr. Bevölkerung im Sinne des Friedensprogrammes von Präsident Wilson gelöst werden sollte.“

Dieser Brief weckte allgemein Zufriedenheit, zumal er in Übereinstimmung mit den sozialistischen Volksbeauftragten verfaßt worden war. Das war das letzte Ergebnis, das H. P. Hanssen in seiner Tätigkeit als deutscher Reichstagsabgeordneter erreichen konnte.

Aber schon damals zeigte es sich, daß es in beiden Nationen Kreise gab, die mit dieser Entwicklung unzufrieden waren und die sowohl H. P. Hanssen und den moderaten bürgerlichen Kreisen als auch der Sozialdemokratie große Schwierigkeiten bereiteten.

In Flensburg arbeitete ein aktiver Kreis sehr energisch dafür, daß diese Stadt mit zu Dänemark kommen sollte. Er stand sogar in Verbindung mit gewissen politischen Kreisen in Versailles, wo die Friedensverhandlungen stattfanden. Von Stauning weiß ich, daß er damals einige energische Briefe an seinen schwedischen Kollegen Hjalmar Branting in Paris schrieb und ihn ersuchte, sich nicht in dänische Angelegenheiten zu mischen. Er wolle kein dänisches Flensburg,

weil er keine außenpolitischen Schwierigkeiten mit Deutschland haben wolle. Denn Deutschland bleibe nicht so schwach, wie es gegenwärtig sei. In zehn bis fünfzehn Jahren könne es wieder stark sein — und was dann? Er wolle eine haltbare Grenze.

Die haltbare Grenze

Diese haltbare Grenze wurde tatsächlich geschaffen durch einen in der politischen Geschichte wohl einmaligen Vorgang, nämlich daß zwei politische Parteien eine Grenze garantierten. Das war es faktisch, was die deutschen und die dänischen Sozialdemokraten mit dem sogenannten Grenzabkommen Wels—Stauning 1923 erreichten.

Die beiden Organisationen hatten schon bald nach der Volksabstimmung verschiedene Konferenzen abgehalten. Am 17. Juli 1920 übergab die SPD ihre in der abgetretenen Zone liegenden Ortsvereine mit 1296 Mitgliedern der dänischen Sozialdemokratie. Man hatte sich darüber geeinigt, daß die Sozialdemokraten auf beiden Seiten der Grenze keine Minderheitspartei bilden sollten, was zweifellos für die nationalpolitische Entwicklung hier in Nordschleswig von entscheidender Bedeutung gewesen ist.

Die dänische Sozialdemokratie schickte damals auf Empfehlung Staunings H. P. Nielsen nach Nordschleswig, wo er 1920 ins Folketing gewählt wurde. Er ist nach dem ersten Weltkriege durch seine großzügig organisierte Hilfe für die hungernden Kinder in Deutschland und Österreich bekanntgeworden und hieß allgemein der Kindervater. Als Bäckergeselle hatte er auf der Wanderschaft auch lange in Deutschland gearbeitet, Deutsch gelernt und kannte die deutsche Arbeiterbewegung. Er war der Mann, die deutsche Arbeiterbewegung hier in Nordschleswig in die dänische einzugliedern.

In dem großen Werk von Gunnar Fog-Petersen „Vor Regering og Rigsdag“ heißt es u. a.: „Wenn die Arbeiterpartei hier in Nordschleswig jetzt zu den Kerntruppen des Dänentums gehört, während sie in der deutschen Zeit in weiten Kreisen mehr von sozialdemokratischen Gedankengängen als nationaler Gesinnung bestimmt war — dänischgesinnte und deutschgesinnte Arbeiter waren Brüder in der gemeinsamen Organisation —, so ist dies mehr als irgendeiner anderen Einzelpersonlichkeit I. P. Nielsen zu danken. Er hat hier eine so bedeutungsvolle Tätigkeit ausgeübt und die Sache des Dänentums in einer solchen Weise unterbaut, daß die ganze Nation ihm dafür Dank schuldet.“

Auf Konferenzen in Kopenhagen am 21./22. Juni 1921 und in Berlin am 26. November 1921 befaßte man sich dennoch mit der Frage des Schutzes der Minderheiten. In den gefaßten Beschlüssen verpflichteten sich die beiden Parteien, in ihren Ländern und Parlamenten dafür zu sorgen, daß den Interessen der Minderheit Rechnung getragen wird, und man darf heute rückblickend wohl sagen,

daß dies in vorbildlicher Weise geschah — nördlich und südlich der neuen Grenze. Darüber hinaus enthält die in Berlin seinerzeit veröffentlichte Kundgebung folgenden Satz: „Indem man im übrigen den Wunsch eines guten brüderlichen Verhältnisses zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder ausspricht, erkennt man die durch den Vertrag von Versailles 1919 und die stattgehabte Volksabstimmung festgelegten Grenzen als die gesetzlichen an.“

Dies war der Kernsatz in dem sogenannten Wels-Stauning-Abkommen, der, 1921 kaum beachtet, 1923 soviel Staub aufwirbelte.

Otto Wels, der Vorsitzende der SPD, und Thorwald Stauning, der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, veröffentlichten am 1. Dezember 1923 einen Aufruf, in dem sie das Ergebnis einer Konferenz bekanntmachten, die in Flensburg stattgefunden hatte und sich mit der Grenzfrage beschäftigte. Darin hieß es u. a.: „Wegen der Pläne, die von einzelnen Personen aus dänischen Kreisen entworfen worden sind und auf eine Verschiebung der dänischen Grenze bis zu einem südlicheren Punkt als dem vereinbarten abzielen, falls die auf Grund der traurigen Verhältnisse in Deutschland einsetzende Zersplitterung und Auflösung weiter fortschreitet, erklären die dänischen Vertreter, daß solche Versuche einer Ausnützung der Not des Deutschen Reiches mit dem einhelligen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks entgegengetreten wird.“ Ebenso lehne die deutsche Sozialdemokratie „kategorisch die auf eine Wiedereroberung der jetzt Dänemark zugesicherten Gebiete abzielenden Pläne ab. Diesen Plänen, ob sie eine Wiedervereinigung des dänischen Schleswig mit dem Deutschen Reich oder die Schaffung eines selbständigen schleswigischen oder schleswig-holsteinischen Staates bezwecken, wird die SPD, die deutsche Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den stärksten Widerstand entgegensetzen ... Die Konferenz bestätigt in voller Übereinstimmung der Sozialdemokratischen Parteien in Dänemark und Deutschland, daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmung vereinbarte Grenze anerkannt wird. Die deutsche und die dänische Sozialdemokratie lehnt jede irredentistische Bewegung ab“.

Fruchtbare Zusammenarbeit

In den folgenden Friedensjahren entwickelte sich auf vielen Gebieten eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien. Insbesondere die damals bedeutende und wachsende Jugendbewegung hatte einen großen Anteil daran, daß viele enge und freundschaftliche Kontakte geschlossen wurden. Viele dänische Jungsozialisten nahmen an den großen Jugendtagen in Bielefeld, Nürnberg, Hamburg und Wien teil; und junge Deutsche kamen mit ihren Gruppen nach Kopenhagen und Aarhus. Die deutsche sozialdemokratische Jugend lud junge dänische Sozialdemokraten zu Kursen auf ihre Volkshochschule in Tinz in

Thüringen ein. Hans Hedtoft, H. C. Hansen, Nina Andersen, Rasmus Hansen und viele andere junge dänische Arbeiter waren dort und haben dort Deutsch gelernt, das ihnen später bei ihrer politischen Tätigkeit von so großem Nutzen sein sollte. Auch Torsten Nilsson, der jetzige schwedische Außenminister, ist „Tinzer“. Dieser halbjährige Studienaufenthalt für junge Arbeiter war ja etwas völlig Neues. Daß junge Arbeiter ohne Abitur im Ausland studierten, das hatte es vorher nicht gegeben. Dort trafen sie mit gleichaltrigen Freunden aus Deutschland und anderen Ländern zusammen. Bei den Diskussionen erweiterte sich ihr Horizont. Dort wurden Freundschaften fürs Leben geschlossen, die insbesondere nach dem letzten Kriege von erheblicher Bedeutung waren. Denn da waren diese Jungen der zwanziger Jahre die politischen Führer ihrer Parteien und Staatsmänner ihres Landes, die einander kannten, Vertrauen zueinander hatten und politisch auf einer Ebene sich trafen, die nur wenigen anderen Politikern beschied war. Ich denke dabei z. B. an die enge Freundschaft zwischen Ollenhauer und Hans Hedtoft oder auch Hedtofts zu Andreas Gayk in Kiel.

Diese freundschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen sozialdemokratischen Politikern verschiedener Länder kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Manchmal habe ich in den letzten Jahren gewünscht, daß auch die bürgerlichen Parteien verschiedener Länder solche Kontakte hätten. Das würde bei manchen Verhandlungen von erheblicher Bedeutung sein.

In den letzten Jahren scheint sich in Straßburg beim Europaparlament etwas Ähnliches zu entwickeln. Man sagt, daß die Parlamentarier aller Länder sich in Straßburg alle zu verschworenen Europäern entwickelten.

*

Ich selber bin sozusagen auch ein Produkt dieses Jugendaustausches. Ich wurde im Winter 1921/22 zur Internationalen Hochschule in Helsingør zu deren erstem Kursus entsandt. Dann war ich im Frühjahr 1922 Delegierter des deutschen Jugendverbandes auf dem ersten Kongreß der DSU in Kolding, wo ich viele Freundschaften schloß — mit Hans Hedtoft, Christian Christiansen, Alsing Andersen, Peder Nørgaard.

So war es für mich eigentlich ganz natürlich, daß ich politisches Asyl in Dänemark suchte, als die Nazis mich nach der Machtübernahme verfolgten. Es war eine harte und bittere Zeit. Auf Grund der Weltwirtschaftskrise gab es auch in Dänemark eine große Zahl von Arbeitslosen. Und nun kamen Emigranten aus Deutschland und mußten und wollten leben. Arbeit hatte man nur für wenige. Sozialdemokratie und Gewerkschaften schufen das Matteotti-Komitee, das bei den verschiedenen Arbeiterorganisationen Geld einsammelte und Unterstützungen zahlte. Ich war in der glücklichen Lage, daß meine deutsche Gewerkschaft, der Zentralverband der Angestellten, mit HK, dem dänischen Verband der Angestellten, ein Abkommen hatte, so daß ich ohne weiteres als

Mitglied übernommen werden und deshalb auch Arbeitslosenunterstützung erhalten konnte. Da weite Kreise der Arbeiterbewegung hier im Lande überhaupt nicht verstehen konnten, was in Deutschland geschehen war, schrieb ich auf Aufforderung von Hedtoft und Alsing Andersen eine Broschüre „Fra Ebert til Hitler“, in der ich versuchte, die Ereignisse in Deutschland darzustellen. Da meine Frau und meine Töchter aber noch in Deutschland waren, schrieb ich sie unter dem Pseudonym Karl Ehrlich, unter dem ich in der folgenden Zeit auch zahlreiche Artikel schrieb und Vorträge gegen den Nazismus hielt.

Aber schließlich hatten wir doch immer größere Bedenken wegen meiner Familie. Hedtoft sagte: „Grete und die Kinder müssen geholt werden.“ Er sandte einen Kurier nach Deutschland — Uffe Andersen, einen jungen Nordschleswiger — der alles mit Parteifreunden in Kiel und Flensburg organisierte. Er reiste zu meiner Frau, die damals nach Magdeburg geflüchtet war, um Ruhe vor der hannoverschen SA zu haben, und sagte ihr, wie und wann sie an einem bestimmten Tage zwischen Weihnachten und Neujahr 1933 über die Grenze nach Dänemark kommen konnte. Es klappte auch diesmal — wie viele Male zuvor. Die dänischen Grenzbeamten wußten Bescheid. Bei Lokomotivführer Aage Lassen in Padborg, dem Vorsitzenden der dortigen Sozialdemokratischen Partei, gab es nach den vielen Aufregungen und der ungeheuren Spannung der Flucht den ersten dänischen Kaffee und bei Uffe Andersen in Hadersleben die erste Übernachtung in Dänemark.

So, mit wenigen nüchternen Worten geschildert, hört sich das heute alles sehr einfach an. Das war es aber weder für die, die es organisierten, noch für die Frau mit den beiden Mädchen von fünf und sieben Jahren. Das kostete nicht nur Nerven, sondern das konnte für alle den Tod oder lange Strafen bedeuten, wenn es mißglückte. Ich ziehe meinen Hut und verneige mich vor unseren mutigen Helfern und Freunden beiderseits der Grenze. Sie haben auch in den folgenden Jahren zusammengearbeitet. Da gingen viele Kontakte über die Grenze. Auf vielen Wegen wurde auch illegales Material über die Grenze gebracht. Die Gewerkschaften hielten Kontakt mit ihren deutschen Kollegen. Johs. Kjærbøl hat mir einmal erzählt, wie er sich mit seinen deutschen Kollegen traf und ihnen Geldmittel überbrachte. Und er war nicht der einzige.

Nach dem zweiten Weltkriege

Dann kam die Besetzung — ein dunkles Kapitel im Verhältnis Deutschland-Dänemark. Ich selbst mußte und kam glücklicherweise schon am 16. April 1940 nach Schweden — dank der Hilfe meines Freundes Oluf Bertold. Meine Frau und meine Töchter blieben fünfeinhalb Jahre allein in Kopenhagen. Das war eine noch dunklere und härtere Zeit. Es kam der Zusammenbruch des Tausendjährigen Reiches. In Restdeutschland sammelte man die Menschen der Arbeiterbewegung,

die Konzentrationslager, Krieg und Bomben überlebt hatten. So auch in Schleswig-Holstein, dessen Bevölkerung durch die große Anzahl von Flüchtlingen von 1,5 auf 2,7 Millionen gewachsen war. Ich habe dieses Land und seine Hauptstadt Kiel zum ersten Male nach dem Kriege wiedergesehen. Es war erschütternd. Zwischen Dänemark und Deutschland gab es damals keinen Verkehr. Nur die britische Besatzungsmacht und mit ihrer Genehmigung amtliche dänische Persönlichkeiten oder solche, die von Amts wegen reisten, durften die Grenze kreuzen. Ich war damals — im Sommer 1946 — von den Amerikanern eingeladen worden, nach Frankfurt zu kommen, und fuhr mit einem ihrer leave-trains — Urlauberzüge —, den einzigen Zügen, die überhaupt die Grenze passierten, nach Deutschland. Ich sollte Lizenzträger für eine Zeitung in Frankfurt werden. Ich wollte nicht — und lehnte ab. Als ich mit einem leave-train zurückfuhr, sprang ich in Hannover ab und sprach dort mit meinen Parteifreunden Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Sie rieten mir, unter allen Umständen über Kiel zu fahren. Es war eine schreckliche Fahrt, überfüllte Züge, ohne Licht, ohne Fensterscheiben. Kiel war entsetzlich. Schon der Hauptbahnhof, oder was davon übriggeblieben war, die Stadt ein trister, grauer, schmutziger Trümmerhaufen. Ich rief bei meinem alten Bekannten Hermann Lüdemann an, damals stellvertretender Ministerpräsident. Er lud mich ein, mittags mit ihm im Gästehaus der Regierung, einer einfachen Villa, zu essen. Zu meinem Erstaunen fand ich dort nicht nur die meisten Minister, sondern auch die höheren Beamten des Landes vor. Als besonderes Essen gab es Pellkartoffeln und Hering.

Ich war gekommen, um mich zu informieren. Aber dazu kam ich gar nicht. Denn die Kieler wollten die Gelegenheit, zum ersten Male einen Freund aus Kopenhagen bei sich zu sehen, benutzen, um sich selber zu orientieren. Sie bombardierten mich mit Fragen. Sie wollten wissen, was in Kopenhagen los sei. Sie hatten keinerlei Verbindung mit ihrem nördlichen Nachbarn. Die Regierung ahnte nicht, was nördlich der Grenze vor sich ging. Sie bekam keine Zeitungen oder Nachrichten aus dem Norden. Die Telefone waren für sie gesperrt. Ein eiserner Vorhang — aber nur für die Deutschen. Ein unmöglicher Zustand für eine Regierung, in deren Land eine sehr starke Bewegung im Gange war, die einen Teil des Landes losreißen und mit Dänemark vereinigen wollte.

Die Sozialdemokraten in Kiel beklagten sich, daß es für sie unmöglich sei, mit den dänischen Sozialdemokraten in Kontakt zu kommen, da es ja weder Post, Telefon noch andere Verbindungen nach Dänemark gäbe. Schließlich hatte man sich an das dänische Konsulat in Flensburg gewandt und gefragt, ob dieses einen Brief an den dänischen sozialdemokratischen Staatsminister Buhl in Kopenhagen weiterleiten könne. Das konnte der Konsul nicht, obgleich täglich Säcke mit Post und Zeitungen über die Grenze gingen. Man vermutete in Kiel, daß man keinen Kontakt wollte. Die Kieler erinnerten sich, wie sie mir sagten, an das Stauning-

Wels-Abkommen, und wollten wissen, ob die dänischen Sozialdemokraten noch dazu ständen. Ich konnte sie nur auf die erste Regierungserklärung nach der Befreiung verweisen, in der der sozialdemokratische Staatsminister Buhl kategorisch erklärte: „Grænsen ligger fast“ und meinte aus meiner persönlichen Kenntnis der Dinge sagen zu können, daß dieses trotz allen Lärms in aktivistischen Kreisen auch die politische Linie sei, an der man festhalte, trotz einer gewissen vorsichtigen Zurückhaltung, aber auch trotz der nationalistischen Aktivität Knud Kristensens, der Buhl als Staatsminister abgelöst hatte.

Ich weiß nicht, inwieweit es mir damals gelungen ist, meine Freunde in Kiel zu beruhigen, aber die Entwicklung hat ja meine Auffassung bestätigt. Die dänische Sozialdemokratie hielt an ihrer Linie fest.

Es war für mich gar nicht so einfach, wieder nach Dänemark zurückzukommen. In Flensburg war Schluß. Mit Hilfe meiner guten amerikanischen Reisepapiere erreichte ich schließlich bei der britischen Transport-Militärpolizei im Hauptbahnhof in Flensburg, daß mich ein britisches Lastauto mit Soldaten nach stundenlangem Warten mit nach Padborg nahm, wo wieder ordentliche Eisenbahnen fuhren, so daß ich nach Kopenhagen kam.

Die Kieler Erklärung

Die Kieler Sozialdemokraten aber gaben ihre Bemühungen um die Befriedung der Grenze und den Schutz der Minderheit nicht auf. Die sozialdemokratische Landesregierung unter der Leitung von Ministerpräsident Bruno Diekmann legte am 26. September 1949 die sogenannte Kieler Erklärung vor. Sie war nach schwierigen Verhandlungen mit der dänischen Minderheit unter Leitung der britischen Besatzungsmacht zustande gekommen. Darin heißt es einleitend:

„Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, von dem Wunsche erfüllt, ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gutnachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen, erklärt mit Billigung des Schleswig-Holsteinischen Landtags und in der bestimmten Erwartung, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird, folgendes ...

Dann folgt der Wortlaut der Erklärung, die ihres Umfanges wegen hier nicht zitiert werden kann. Sie legt aber eindeutig die Rechte der dänischen Minderheit fest und wurde mit allen gegen zwei Stimmen vom Landtag beschlossen. Diekmann hat dafür zwar keinen Dank von seiten der Minderheit geerntet, aber die weitere Entwicklung hat ihm recht gegeben. Kein geringerer als der dänische Staatsminister Hans Hedtoft hat die Bedeutung dieser Kieler Erklärung später hervorgehoben.

Hans Hedtoft sagte darüber in einer Rede in Flensburg am 9. März 1953, wo er gemeinsam mit Erich Ollenhauer in einer sozialdemokratischen Versammlung sprach:

„Die Abrede war ein strahlender Ausdruck für das klare Verständnis deutscher freisinniger Kreise für die Forderung der neuen Zeit nach Rechtsgefühl und Toleranz. Es war ein Einsatz in europäischem Geiste. Ich freue mich, daß es meine Parteifreunde waren, die diese Abrede formten und die Verantwortung für deren Durchführung übernahmen. Ich bin stolz und glücklich darüber, daß die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie auf dieser Linie weitergearbeitet und sie bei vielen Debatten im Landtag verfochten hat. Diese Abrede wird faktisch von dänischen Südschleswigern als ein Freiheitsbrief betrachtet. Von den Demokraten in beiden Ländern ist sie als ein schöner Ausdruck der neuen Atmosphäre aufgefaßt worden, die wir in unseren Ländern hier im Westen zu schaffen versuchen, um unsere umfassende Zusammenarbeit so echt und reibungslos wie irgend möglich zu machen.“

Das war vier Jahre später; heute wissen wir: Ohne Kieler Erklärung kein Kopenhagener Protokoll, und ohne diese beiden keine Bonner Erklärung.

Das Kopenhagener Protokoll

Diese Erklärung der Kieler Regierung über die Rechte der Minderheiten konnte man auch in Kopenhagen nicht übersehen, wenn man sich nicht in eine sehr schiefe Position bringen lassen wollte. Staatsminister Hans Hedtoft erkannte dies, und er benutzte die Gelegenheit eines Empfanges einer Delegation der deutschen Minderheit aus Nordschleswig am 27. Oktober 1949 — einen Monat nach der Kieler Erklärung —, um auch seinerseits einiges über die Rechte der deutschen Minderheit in Dänemark zu sagen. Er lehnte zwar den Vorschlag der Minderheit auf Ausstellung eines sogenannten „Freiheitsbriefes“ ab, und er hätte auch persönlich gar keine Möglichkeit gehabt, eine Erklärung wie die Kieler Erklärung mit Zustimmung des Folketings abzugeben. Aber er hatte alles sehr sorgfältig vorbereitet und die Erklärungen, die er den Vertretern der Minderheit gab, schriftlich fixiert und in einer Art Protokoll diesen überreicht und später der gesamten Presse übergeben. Er nannte es „ein Notat“.

Ich war damals der Vertreter der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Kopenhagen, und Hans Hedtoft hatte mich ins Staatsministerium gebeten, unmittelbar nachdem er die Vertreter der deutschen Minderheit verabschiedet hatte und einige Stunden bevor er die Vertreter der dänischen Presse empfing. Er sprach wie immer — denn wir waren ja alte, vertraute Freunde — sehr offen mit mir. Er würde, sagte er, sehr gern aus innerster Überzeugung eine ähnliche Aktion wie Diekmann gemacht haben, aber ich wüßte ja, daß das politisch unmöglich sei. Dafür bat er um Verständnis auch bei seinen politischen Freunden in Deutschland. Entscheidend

sei in diesem Falle also nicht die Form, sondern der Wille, der dahinterstecke, das politische Konzept. Dies den deutschen Politikern und den deutschen Zeitungslesern nahezubringen, die richtige Auslegung herauszustellen sei entscheidend für den weiteren Verlauf der Debatte. Da ich ihn kannte und wußte, daß er das meinte, was er mir sagte, versprach ich ihm, mein Bestes zu tun. Ich mußte aber vorher noch mit den Vertretern der deutschen Minderheit sprechen, damit wir die Akzente nicht allzu verschieden setzten, denn sonst glaube uns niemand. Ich erfuhr von Hedtoft, daß die deutsche Delegation im Hotel Codan wohnte, und begab mich schnurstracks dorthin. Dort traf ich zum ersten Male Ernst Siegfried Hansen, den jetzigen dpa-Korrespondenten in Kopenhagen. Zu meiner großen Freude wurden wir uns sehr schnell einig über die Auslegung. Die Delegation hatte schon eine ähnliche Linie festgelegt. Wir hatten beide das gleiche Interesse, einen Ausgleich zwischen dem dänischen und dem deutschen Volke herbeizuführen, und so berichtete er positiv im „Nordschleswiger“ und nach Kiel und ich nach Hamburg für die gesamte deutsche Presse. Wir sagten „ja“, dänische Zeitungen hatten Schlagzeilen: „Hedtofts Nein“. So entstand das Kopenhagener Protokoll am 27. Oktober 1949.

Sechs Jahre später wurde dann in Bonn von Bundeskanzler Adenauer und Staatsminister H. C. Hansen die sogenannte Bonner Erklärung abgegeben, die faktisch auf höchster Ebene inhaltlich nur dasselbe sagte wie die Kieler Erklärung und das Kopenhagener Protokoll. An der Vorbereitung dazu habe ich auf diplomatischer Ebene mitarbeiten können. Ich bin glücklich darüber. Denn die Entwicklung, die Linie dieser Erklärungen zeigt eindeutig auch die Änderung des Klimas im Grenzlande. Mit Recht haben deshalb sowohl Staatsminister Krag und kürzlich auch wieder Außenminister Hækkerup hervorgehoben, daß niemals zuvor in der Geschichte das deutsch-dänische Verhältnis so freundschaftlich gewesen sei wie heute.

Daß dies möglich war, dazu haben auch die wechselseitigen Beziehungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien nicht unwesentlich beigetragen.

UNS WURDE GESCHRIEBEN...

Haben Sie vielen Dank für Ihr freundliches Entgegenkommen. Die Hefte sind so großartig wesentlich, mir eine wirkliche Bereicherung. Sie gehen nicht vorbei an den echten Problemen, schaffen wenigstens an einer Ecke Deutschlands das ersehnte, geordnete Europa. Aber welche Geduld ist da noch aufzubringen! —

Hier und da werden die Menschen doch begreifen, daß Sattsein und Luxuswünsche keine Zielsetzung allein sind.

Frau F. Gl., Wedel/Holst.

Jeg læser med megen interesse de mig tilsendte Grenzfriedenshefte. De problemer og emner, der tages op til debat, bliver belyst ud fra et sagligt historisk perspektiv, der rækker ud over de meningsforskelle, som naturligt findes i et grænseland ...

J. R.-P., Løgumkloster

Zur Situation und Aufgabe der Erwachsenenbildung

Der Vorsitzende des Deutschen Volkshochschul-Verbandes und Leiter der Heimvolkshochschule Rendsburg, Kurt Meißner, hat in der vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Lemke kürzlich berufenen Studienkommission für Erwachsenenbildung, der auch Dr. Hans Peter Johannsen, der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, als Leiter der Flensburger Volkshochschule angehört, das nachstehende Grundsatzreferat gehalten.

Die Erwachsenenbildung versteht sich — wie kaum ein anderer Zweig unseres Bildungswesens — als eine Antwort auf die Herausforderung der Gesellschaft. Immerhin muß gerade in der Planung der Erwachsenenbildung deutlich bleiben, daß sie nicht nur gesellschaftlichen Veränderungen zu folgen hat, sondern als Bildungsinstitution zugleich auch Positionen entwickeln muß, die in einem Spannungsverhältnis zur Gesellschaft stehen. Der Mensch ist ja nicht nur ein gesellschaftliches Wesen, sondern zugleich auch bestimmt durch seine Persönlichkeit. Der Spannungsbezug zwischen dem Menschen als zoon politicon und als Individuum macht die besondere Aufgabe der Bildung aus.

I

Wenn man die Entwicklung der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein seit dem Ende des zweiten Weltkrieges überblickt, so stellen sich in ihr die charakteristischen Merkmale der unterschiedlichsten Episoden nach 1945 besonders deutlich dar. Es begann im Jahre 1945 mit dem Versuch, Menschen in Heim- und Abendvolkshochschulen zusammenzuführen. Dieser Versuch stand unter dem Zeichen der Re-Education. Die damalige englische Besatzungsmacht wußte aus der Erfahrung im eigenen Land, welche Beziehung demokratischer Bürgersinn und Erwachsenenbildung zueinander haben. Re-Education war hier als ein Neuanfang der Erziehung überhaupt gemeint, als eine Hinwendung zur demokratischen Lebensform und zum demokratischen Staatsbewußtsein. Aber was von den Erziehungsoffizieren der Besatzung als Re-Education verstanden wurde, weitete sich sehr bald unter der steten Förderung dieser Erziehungsoffiziere zu einem tatsächlichen Instrument der Erwachsenenbildung aus. In diesem Lande sind wir besonderen Dank schuldig der allzufrüh verstorbenen Mary Grutter, die als Erziehungsoffizier mit Tatkraft und pädagogischer Phantasie, Takt und Kenntnisreichtum die Erwachsenenbildung in

Schleswig-Holstein in ihrer Neuanfangsphase in den Jahren zwischen 1945 und 1950 entscheidend gefördert hat.

Für die Teilnehmer an Kursen, Arbeitsgemeinschaften, Vortragsreihen und Vorträgen der Volkshochschulen stand diese Phase der Erwachsenenbildung unter drei Gesichtspunkten:

Sie wollten eine neue Orientierung gewinnen im Wechsel der politischen Systeme und Weltanschauungen.

So waren die Arbeitsgruppen, die sich mit Fragen der Religion und der Philosophie, der Gesellschaft und der Staatsordnung beschäftigten, besonders besucht.

Sie wollten die Lücken im Elementarwissen und der Berufsausbildung ausfüllen,

die das unzulängliche Bildungswesen des Dritten Reiches und die Einschränkungen der Bildungsarbeit der Schulen während des Krieges gelassen hatten.

Sie wollten fremde Sprachen lernen,

um sich mit den Besatzungsmächten verständigen und auseinandersetzen zu können.

So kam es, daß die Kurse und Arbeitsgemeinschaften stark besucht waren, daß die Vorträge mit intensiven Diskussionen endeten, daß in den Heimvolkshochschulen, die zwischen 1946 und 1948 ihre Pforten wieder öffneten, junge Menschen nach neuer Orientierung in ihrem Leben suchten.

Das Jahr 1948 brachte mit der Währungsreform einen Einschnitt, ja eine Krise in der Erwachsenenbildung. Der Mensch konzentrierte sich, nachdem das Geld stabil geworden war, auf seinen Beruf, er wollte möglichst rasch möglichst viel Geld verdienen. Er mußte alle Kräfte anspannen, um die Voraussetzungen für seine wirtschaftliche Existenz zu schaffen. Bildung stand hinten an in diesen Jahren, wenn sie nicht der Berufsförderung oder dem beruflichen Aufstieg diente. Die Volkshochschulen verloren eine beträchtliche Anzahl ihrer bisherigen Teilnehmer. Sie, die Volkshochschulen, gingen darum Arbeitsbündnisse ein mit den großen gesellschaftlichen Organisationen: den Gewerkschaften, den Bauernverbänden, den Arbeitgeberorganisationen und den Kirchen. Der Sektor der Berufsförderung und der Fremdsprachen wuchs, während der Anteil der politischen, philosophischen, künstlerischen Arbeitsgemeinschaften in den Arbeitsplänen der Volkshochschulen abnahm. Bis etwa 1955 reichte diese Entwicklung. Um diese Zeit wurden die alten Teilnehmerzahlen wieder erreicht, das Bild der Volkshochschularbeitskreise war nicht mehr vorwiegend durch berufsfördernde und die Elementarkenntnisse ergänzenden Kurse bestimmt.

Insbesondere im Bereich der politischen Bildung wurde experimentiert. In der Literatur fand das seinen Niederschlag in einer Reihe von Publikationen, die in diesen Jahren erschienen und diskutiert wurden.

So kann man sagen, daß die Zeit zwischen 1955 und 1960 die Phase der Konsolidierung und des Experiments zugleich war. Sie wurde abgeschlossen mit dem Erscheinen des Gutachtens des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen „Zur Situation und Aufgabe der Erwachsenenbildung in Deutschland“.

In diesem Gutachten wird die theoretische Position der Erwachsenenbildung umrissen und zu einem guten Teil neu begründet, während praktische Hinweise auf die Durchführung in vagen Umrissen möglicher Modelle steckenbleiben — sehr im Unterschied zu einem gleichzeitig erschienenen dänischen Gutachten. Dort begnügt man sich im Theoretischen mit der Feststellung, daß die alte Theorie, von Grundtvig, Kristen Kold und Friedrich Schröder entwickelt und vielfach erprobt, ja stimme und nur ein bißchen auf neue Entwicklungen hin abgewandelt werden müsse, während die Frage zu stellen sei, wie man denn der Realität des Tages am besten begegne und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung finanziell und ihre Mitarbeiter sozial sichere.

Hier zeigt sich der deutliche Unterschied der Fragestellungen in einem Land, in dem die Erwachsenenbildung ihre theoretische Position seit langem gefunden und nie bezweifelt hat, gegenüber einem Land, dem die theoretische Position der Erwachsenenbildung ständiger Gegenstand der Auseinandersetzung seit Anbeginn ist. Aber das Erscheinen des Gutachtens ist das Ende einer Entwicklung und der Beginn einer neuen zugleich: Von nun ab kann vom Gutachten aus diskutiert werden. Dieser Bezugspunkt der Diskussion erweist sich als fruchtbar und fortwirkend, so daß in den Jahren zwischen 1960 und 1966 eine Zeit der Ausweitung und Konsolidierung der Volkshochschularbeit einsetzt, die auch ihre sichtbaren Zeichen durch den Bau von Volkshochschulhäusern, die Ausbildung und Einstellung hauptamtlicher Mitarbeiter im Volkshochschulwesen erhält.

Diese Entwicklung ist nun an dem Punkt angelangt, an dem eine langfristige Planung und die Einordnung in das allgemeine Bildungswesen notwendig werden. Die Organisationen und Verbände der Erwachsenenbildung, auch die Theoretiker der Erwachsenenbildung an den Universitäten und Hochschulen haben zwar schon seit längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß Erwachsenenbildung nicht ein zufälliger Schmuck des Daseins, sondern ein unerläßlicher Faktor des Bildungswesens ist und damit in das Bildungssystem eingeordnet werden muß. In der Wirklichkeit sind daraus vorläufig keine Schlüsse gezogen worden. Die Studienkommission wird die Aufgabe haben, Konsequenzen zu ziehen und zu begründen.

II

Beginnen wir zunächst mit der Begründung aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus. Hier sind ein paar allgemeine Gesichtspunkte anzuführen. Auch wenn Bildung sich im wesentlichen in der Gemeinde vollzieht und wenn die Kräfte der Gemeinde und der Region, in der die Menschen leben, in die Bildungseinrichtungen hineinwirken, so muß doch deutlich sein, daß Bildung heute in einem weltweiten Bezug steht. Es geht doch um die Frage, ob es gelingt, mit einer Erdbevölkerung, die sich im Laufe dieses Jahrhunderts von zwei Milliarden auf sechs Milliarden vermehrt haben wird, einigermaßen konfliktfrei zu leben. Carl Friedrich von Weizsäcker hat in seiner Friedensrede in Frankfurt vor drei Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß der Weltfriede unerlässlich sei, daß er nicht das „goldene Zeitalter“ bedeute und daß er von uns, den gegenwärtigen Zeitgenossen und insbesondere den Europäern, unbekannte und ungeahnte moralische Anstrengungen erfordere. Eine weltweite Bildung, eine universelle Bildungskonzeption muß solche moralischen Anstrengungen durch Bildung vorbereiten und ermöglichen.

Aber das, was für den Makrokosmos der Gesellschaft gilt, ist ebenso sehr bestimmend für ihren Mikrokosmos. Auch in der Familie haben sich entscheidende Veränderungen vollzogen. Die Entwicklung von der Großfamilie, die noch im 19. Jahrhundert das Bild der Familie bestimmt hat, zur Kleinfamilie unserer Zeit hat eine Reihe wichtiger Konsequenzen. Gewiß gab es auch in der Großfamilie schon Konflikte. Quantitativ waren diese sicherlich größer als in der Kleinfamilie. Wenn man bedenkt, daß in der Großfamilie neben den Eltern und den Kindern die Großeltern und die nicht verheirateten Geschwister der Eltern miteinander zusammenzuleben hatten, so gab es sicherlich eine große Anzahl von Konfliktstellen. Andererseits sind die Konfliktmöglichkeiten in der Kleinfamilie, in der Eltern und wenige Kinder miteinander leben müssen, wesentlich intensiver und härter, unausweichlicher und für das Lebensgefüge bestimmender. Schon dieser Hinweis zeigt, daß das Zusammenleben der Menschen zu einem Bildungsproblem geworden ist. Wenn man darüber hinaus noch an die steigende Lebenserwartung denkt und die Folgen, die sie für die Erbfolge in landwirtschaftlichen oder handwerklichen Betrieben hat, wenn man bedenkt, daß durch die höhere Lebenserwartung die Ehedauer sich im Durchschnitt gegenüber der Situation der Jahrhundertwende um etwa 20 bis 25 Jahre verlängert hat, dann werden die darin liegenden Bildungsprobleme sofort durchsichtig. Es wird zugleich deutlich, daß diese Bildungsprobleme nicht durch die Schule und das elementare Bildungswesen gelöst werden können.

Neben diesen hier ganz unsystematisch vorgetragenen allgemeinen Erwägungen über gesellschaftliche Entwicklungen auf der Erde gibt es drei spezielle Probleme,

die entscheidende Konsequenzen für unser Bildungswesen haben.

a) Da ist die Entwicklung der Gesellschaft unter dem Aspekt der Berufe.

Jean Fourastié hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts noch bis zur Mitte des Jahrhunderts als eine Agrargesellschaft zu bezeichnen ist, sich dann in die Industriegesellschaft verwandelt mit der Übergangsphase der Handwerks-gesellschaft, um schließlich im 20. Jahrhundert einzumünden in eine Gesellschaft, in der die „tertiären“ Berufe, die Dienstleistungen, vorherrschend werden.

Amerikanische Soziologen haben ermittelt, daß in Amerika am Ende dieses Jahrhunderts etwa 80 Prozent aller Beschäftigten in Dienstleistungsberufen tätig sein werden, dagegen nur noch etwa 14 Prozent in der industriellen Produktion und 6 Prozent in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung wird in Europa nicht in ganz dem gleichen Umfange eintreten. Trotzdem ist schon heute festzustellen, daß der größere Teil der Berufstätigen in Dienstleistungsberufen arbeitet. Gegenstand der Dienstleistungen ist der Mensch, aber nicht in der Ganzheit seiner Individualität, sondern in einzelnen Teilbereichen seiner Existenz. Zugleich wird dieser Dienst nicht persönlich, sondern anonym geleistet. Das gilt sowohl für die einfacheren Pflege- und Versorgungsberufe wie auch für die gehobenen Dienstleistungen, die eine akademische Ausbildung voraussetzen, für den Arzt, den Lehrer und den Pastor. Diese Anonymisierung und Aufspaltung der Dienste kann in eine Totalfunktionalisierung unserer Gesellschaft hineinführen. Sie macht auf alle Fälle neue Eigenschaften notwendig, die durch Bildung entwickelt werden müssen. Sie erfordert neue Haltungen, um die Gefahren, die in ihr liegen, abzuwenden und die Chancen, die sie bietet, recht zu nutzen.

b) Zum anderen ist unsere Gesellschaft aus einer institutionalisierten Gesellschaft in eine organisierte verwandelt.

Dietrich von Oppen vor allem, aber auch Richard E. Behrend haben darauf aufmerksam gemacht, daß nicht mehr vorgegebene Institutionen unser Leben bestimmen, von einigen Relikten abgesehen, sondern Organisationen, in denen der einzelne mitwirken kann, ja in denen er mitwirken muß, wenn das gesellschaftliche Gefüge nicht in bürokratischen Funktionen erstarren soll. Dazu muß der Mensch wissen, wo und mit welchen Mitteln seine Mitwirkung erfolgt. Der einzelne muß seine Gestaltungsmöglichkeiten kennen.

c) Schließlich hat sich gezeigt, daß in unserem Zeitalter das Element der Persönlichkeit wieder bedeutsamer wird.

Wir haben jahrzehntelang ungeprüft an die Entwicklung zur Massengesellschaft geglaubt. Das Wort von der Vermassung ist zu einem der beliebtesten Stichworte

im journalistischen Kulturpessimismus geworden. Dietrich von Oppen macht demgegenüber deutlich, wie unser Zeitalter es zum ersten Male ermöglicht, daß der Mensch zu sich selber als Person findet und daß innerhalb der Gesellschaft seine Personalität herausgefordert wird.

In der jungen Generation, jedenfalls in ihren besten Kräften, stellt man mehr und mehr fest, daß das gesellschaftliche Prestige des Menschen sich nicht nur nach seinem Herkommen, seinem Beruf, seiner Bildung oder Ausbildung oder womöglich nach seinem Verdienst richtet, sondern besonders auch danach, wie er sein Leben persönlich gestaltet.

Solche erneuerte Personalität ist eine Reaktion auf die Massentendenzen der letzten Jahrzehnte und ist ein wichtiger Ansatz für Bildung.

Faßt man das alles zusammen, dann kann man feststellen, daß diese Gesellschaft dynamisch geworden ist. Ihre Dynamik stellt neue Forderungen an das Bildungswesen. Es wird vor allem deutlich, daß das Startgepäck, das die Schule vermitteln kann, nicht ausreicht. Deshalb heißt es im Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen: „...Der Mensch ist ja nicht von der Natur fertig geprägt; er muß sich zu dem, was er eigentlich ist, in einer ständigen Auseinandersetzung mit der Welt und sich selbst erst formen. Deshalb ist die Bildung, die niemals abgeschlossen werden kann, nicht ein Zusatz zur menschlichen Existenz, auf den man auch verzichten könnte; sie begründet vielmehr die Möglichkeit eines menschlichen Daseins überhaupt. Aber vieles von dem, was dem Menschen früher durch Sitte und Brauch, durch Stand und Beruf, durch die Gesellschaftsordnung und die bildenden Einflüsse der Kirche nahegelegt war, muß er sich in unserer Zeit selbständig erwerben oder in neuer Gestalt zu eigen machen. In einer geschichtlichen Lage, in der kein vorgebahnter Pfad mehr verlässlich ist, hat er seinen eigenen Weg zu suchen; er hat ihn auch dann zu verantworten, wenn er glaubwürdigen Autoritäten einsichtig folgt. Wenn der Mensch nicht das Opfer der modernen Gesellschaft, sondern ihr Bürger werden will, so muß er sich das Verständnis seiner selbst und der Welt, in der er lebt, in einer ständigen Bemühung erschließen. Ob ihm das gelingt, ob er in diesem Sinne gebildet ist, davon hängt sein eigener Wert ab; ob es genügend vielen Menschen in genügendem Maße gelingt, davon hängen die demokratische Lebensform und die menschliche Zukunft ab.“

Das Gutachten weist hier also dem Bildungswesen und insbesondere der Erwachsenenbildung eine entscheidende Aufgabe zu: Es stellt zunächst fest, daß Bildung niemals abgeschlossen sein kann. Es fordert andererseits vom Bildungswesen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die demokratische Lebensform erhalten bleibt und eine menschenwürdige Zukunft ermöglicht wird.

III

Solche Entwicklung aber fordert neue Eigenschaften. Schon die Industriegesellschaft hat gegenüber der Agrargesellschaft neue Eigenschaften hervorgebracht. Die handwerkliche Übergangsphase ist dabei besonders wichtig gewesen. In ihr wurde der Mensch der Industriegesellschaft an seine neuen Funktionen gewöhnt. Er mußte nämlich nun rasch, zuverlässig, sicher, konzentriert, systematisch und rational auf die beruflichen Herausforderungen reagieren. Er mußte neue Wege der Produktion finden, sie annehmen und aus ihnen Nutzen ziehen wollen. Zu diesen Eigenschaften der Industriegesellschaft kommen aber drei wichtige neue Eigenschaften in der Dienstleistungsgesellschaft dazu.

a) Der Mensch muß durch sein ganzes Leben hindurch bereit und in der Lage sein, Informationen anzunehmen und umzusetzen.

Hartmut von Hentig hat unsere Gesellschaft als eine „Gesellschaft im Regelkreis“ bezeichnet. Er setzt dabei das Beispiel der Regelfunktionen in technischen Geräten als Modell. So wie im Kühlschranks der Thermostat dem Elektromotor meldet, wann er aus- und eingeschaltet werden muß, und der Elektromotor darauf reagiert, so sind wir einbezogen in ein Geflecht vielfältiger Informationen, auf die wir zu reagieren gelernt haben müssen. Das gilt z. B. für einen Betrieb. Derjenige, der für eine Zeitlang von betrieblicher Information abgeschlossen ist, isoliert sich; in dieser Isolierung wird er unsicher, schließlich erwächst daraus Opposition und Konflikt. Ein Betrieb, in der die Informationsstaffel nicht funktioniert, vermindert seine Leistungsfähigkeit. Aber auch die Gesamtgesellschaft ist auf solch rasches Umsetzen von Informationen angewiesen. Nicht zuletzt deshalb haben sich die Massenkommunikationsmittel in unserem Zeitalter in einem solchen Maße entwickelt. Das, was irgendwo in der Welt geschieht, findet in unserer Nachbarschaft statt, und wir müssen darauf reagieren.

Die Bereitschaft und Fähigkeit, Informationen zu sammeln, bedeuten aber zugleich die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen. Das heißt andererseits, daß alle Erkenntnisse als vorläufig angesehen werden, daß der Mensch begreift, daß nichts endgültig und abgeschlossen sein kann, was in dieser Welt erkennbar ist.

b) Die zweite Eigenschaft der Zukunft ist die Bereitschaft und Fähigkeit zu lebenslanger Kooperation.

Solche Kooperationsfähigkeit ist in Deutschland von den Traditionen seines Bildungswesens her schlecht entwickelt. Der übersteigerte Individualismus in der Bildungskonzeption des 19. Jahrhunderts führte dazu, daß Bildung allzusehr vom einzelnen her gesehen wurde und allzuwenig im Hinblick auf die Notwendigkeit von Kooperation. In Dänemark ist deutlich geworden, welche Bedeutung

Erwachsenenbildung für die Entfaltung von Kooperationsbereitschaft haben kann. Die dänische Landwirtschaft ebenso wie der dänische Handel und die dänische Industrie sind durch zahlreiche kooperative Verflechtungen verbunden. Solche Kooperationsbereitschaft ist schon von der Mitte des 19. Jahrhunderts her durch die Volkshochschulen entwickelt worden. Peter Manniche, einer der wichtigsten Autoren über dänische Volkshochschularbeit, nennt Dänemark ein „soziales Versuchsfeld“.

Leider wird in Deutschland oftmals das Wesen der Kooperation mißverstanden, so als setze Kooperationsbereitschaft zunächst einmal Kollektivierung voraus. Es ist aber umgekehrt. Der Mensch muß zunächst zu seiner Personalität gelangt sein, bevor er kooperieren kann. Der durch individuelle Kräfte besonders ausgezeichnete dänische Bauer und auch der Engländer sind charakteristische Beispiele dafür, daß nur Personen miteinander kooperieren können und daß die Fähigkeit zur Kooperation das Gegenteil von Kollektivismus ist.

c) Schließlich muß als dritte Eigenschaft hinzutreten: die Fähigkeit des Menschen, in einer organisierten Gesellschaft mitzuwirken.

Dort, wo an Stelle einer institutionalisierten Gesellschaft das Miteinander von Organisationen das Lebensgefüge bestimmt, muß der Mensch wissen, wie er sich in den Organisationen zur Geltung bringt.

d) Darüber hinaus fordert die vermehrte arbeitsfreie Zeit eine Entwicklung der Fähigkeit, mit dieser arbeitsfreien Zeit recht umzugehen.

Dabei stellt sich als Problem, daß die Kräfte, die als Führungs- und Bildungskräfte der Gesellschaft Vorbildformen für die Gesellschaft entwickeln könnten, mehr und mehr an Arbeit auf sich nehmen müssen, um für die Vielzahl in der Gesellschaft eine ständig wachsende arbeitsfreie Zeit zu ermöglichen. Sie entwickeln infolgedessen keine Vorbilder für die rechte Erfüllung der Freizeit, sie sind kein Beispiel für „schöpferisches Genießen“, kaum ein Beispiel für wägendes Konsumverhalten. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unseres Bildungswesens dazu, daß durch wirtschaftliche Prosperität und durch wachsende Freizeit der Mensch mehr und mehr zum Konsumieren veranlaßt wird, ohne daß das Erziehungs- und Bildungswesen ihm Voraussetzungen für einen schöpferischen Konsum vermittelt.

Dabei haben wir, diejenigen, die Erziehung und Bildung zu leisten haben, „kein Recht auf die Freiheit der anderen“, um es mit Helmut Schelsky auszudrücken. Und es ist ein entscheidender Punkt der Selbstkritik einer Volkshochschule z. B., ob es ihr gelingt, die Menschen zu sich selber freizusetzen, oder ob sie ohne die Ausfüllung der arbeitsfreien Zeit durch die Volkshochschule nicht auskommen. Insgesamt muß gesagt werden, die hier vorgetragenen Überlegungen machen

deutlich, daß in der Tat Bildung nicht abgeschlossen werden kann. Das, was Goethe noch in der Pädagogischen Provinz die „Ausstattung“ nennt, reicht nicht mehr weit. Bildung und Ausbildung müssen näher an die realen Felder der Lebensbemeisterung heranrücken.

IV

Das bedeutet umgekehrt: Bildungsplanung muß bestimmt sein vom Gesichtspunkt der lebenslangen Bildung. In den bisher vorliegenden Äußerungen zur Bildungsplanung wird solcher Ansatz noch vermißt. Während beispielsweise Georg Picht in seinen Aufsätzen über den Bildungsnotstand in Deutschland Grundsätze der Planung entwickelt, die das Ganze der Gesellschaft und den gesamten Entwicklungsgang des Menschen betrachten sollen, führt er die Planung selber nur am Beispiel des Gymnasiums durch und entwickelt damit neue Bildungsgettos.

Unter dem Gesichtspunkt der lebenslangen Bildung ist aber eine Umverteilung der Bildungsaufgaben unerläßlich. Die Schule, auch die höhere Schule, stellt heute zum guten Teil eine Kultur- und Zivilisationsverfrühung dar. Dem jungen Menschen werden zu viele, zu unterschiedliche Aufgaben zugemutet. Es werden von ihm Leistungen des Gedächtnisses verlangt, in der sehr unterschiedliche Gehalte miteinander verbunden werden sollen, wichtige Bildungsgelände stehen noch jenseits der Realität seiner Existenz. Das gilt z. B. für die politische, die soziale und die wirtschaftliche Bildung ganz besonders. Erwachsenenbildung erweist sich unter diesen Umständen als ein Teil des Gesamtbildungssystems, und daraus sind Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen betreffen zunächst die Einrichtungen der Erwachsenenbildung selbst.

Es kommt darauf an, daß innerhalb der Erwachsenenbildung eine Konzentration nach Inhalt und Methode erfolgt. In früheren Jahrzehnten ist die Erwachsenenbildung stark von dem Gesichtspunkt bestimmt gewesen: die Hauptsache ist, daß überhaupt etwas geschieht; Erwachsenenbildung hat sich auf alle Fälle der Berufsförderung, des politischen Engagements und der weltanschaulichen Auseinandersetzung zu enthalten.

Diese Gesichtspunkte haben die Erwachsenenbildung der zwanziger Jahre charakterisiert. Auch nach 1945 hat es ähnliche Gedanken beim Neuanfang der Erwachsenenbildung gegeben. Heute ist deutlich, daß die politische Bildung ein Zentrum der Erwachsenenbildung darstellt und daß in ihr der Standpunkt des Lehrenden eine unerläßliche Voraussetzung für die Wirkung seiner Bemühung ist. Engagement bedeutet dabei nicht parteipolitische Abstempelung, sondern die Bereitschaft, gewonnene Einsichten darzustellen und zu motivieren. Auch die Auseinandersetzung mit den religiösen Gehalten des Abendlandes sind Grundlage einer modernen Erwachsenenbildung. Noch sehr viel mehr aber ist der

Beruf in den Bereich der Erwachsenenbildung eingedrungen. In einer Gesellschaft, in der die Bestätigung durch den Beruf ein wichtiger Faktor der menschlichen Existenz geworden ist, ist Berufsförderung nicht ein Zusatz zur Existenz und nicht ein Ansatz für rein utilitaristisches Aufstiegsdenken. Ausbildung und Bildung sind voneinander nicht mehr zu trennen. In den Dienstleistungsberufen sind sie integriert enthalten.

So also sind Beruf und Betrieb, Politik und Religion ebenso einbezogen in den Bereich der Erwachsenenbildung wie alles das, was man früher der zweckfreien Bildung zurechnete.

Aber Bildung heißt nicht nur unverbindliches Gespräch, Bildung ist nicht nur wohlwollende Begegnung, sondern gerichtet auf ein Ziel und bestimmt durch Methoden in Beziehung zu Inhalten und Zielen. So kann man sagen, daß die Erwachsenenbildung heute

Hilfe zu leisten hat für das Lernen,

Hilfe zu leisten für die Orientierung und kritische Urteilsbildung,

Hilfe zu leisten aber auch für die schöpferische Eigentätigkeit.

Wenn man davon ausgehen kann, daß das Bedürfnis nach Information, Kommunikation und Kompensation die Teilnehmer der Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise der Volkshochschulen veranlaßt, mitzuarbeiten, dann sind die hier charakterisierten Hilfen die Reaktionen auf die Bedürfnisse der Teilnehmer.

Diese drei Aufgaben sind im Sinne des heutigen Bildungsverständnisses als gleichwertig und in der Volkshochschule als gleichberechtigt anzusehen. Beim Lernen ist dabei zu bedenken, daß erwachsenengemäße Verfahrensweisen eine zielstrebige und anspruchsvolle Arbeit mit Ergebniskontrolle nicht ausschließen. Nach Motiv und Leistungsgruppen gegliederte Kurse oder differenzierender Unterricht erhöhen den Lernerfolg.

Bei der Orientierung und kritischen Urteilsbildung ist zu beachten, daß die Erwachsenenbildung es mit dem mündigen Menschen zu tun hat. Die Freiheit der Lehre muß deshalb verbunden sein mit der freien Entscheidung des Bildungspartners. Erwachsenenbildung ist immer zugleich auch „Lust am Andersdenken“. Kritische Urteilsbildung soll dabei heißen, daß die Erwachsenenbildung nicht allein den Anpassungsprozeß zu fördern, sondern auch Widerstand zu entwickeln hat dort, wo die absoluten Tendenzen der Gesellschaft die Person in ihrer Entwicklung einschränken wollen. Wenn man verlernt hat, mit Tabus kritisch umzugehen, wenn die Erwachsenenbildung sich allzusehr mit den bestehenden Verhältnissen arrangiert, wird sie stumpf und gefährdet sich selbst. Denn wenn dann einmal ein Tabu zur Sprache kommt, ist keiner mehr gewohnt, daß die Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung es sind, in denen Tabus angepackt werden.

In der Eigentätigkeit schließlich befriedigt der Mensch sein Bedürfnis nach Kompensation. Auch die Entfaltung der physischen Anlagen dient der Entdeckung und der Entwicklung der Person. In der Eigentätigkeit entfaltet der Mensch seine spielerischen Kräfte, formt und gestaltet sie. Die Eigentätigkeit erfüllt um so wirksamer ihre Aufgabe, je mehr sie zur Distanz gegenüber dem eigenen Tun anregt.

V

Wenn es stimmt, daß unsere Gesellschaft nur durch Bürger mit lebenslanger Bildung recht gestaltet werden kann und eine Umverteilung der Bildungsaufgaben von der Schule auf die Erwachsenenbildung hin notwendig ist, dann wird die Erwachsenenbildung die Anschauung von der absoluten Freiwilligkeit der Teilnehmer aufgeben müssen. Sie wird sie zu verändern haben zu einer modifizierten Freiwilligkeit hin. Darunter ist nicht zu verstehen, daß die Menschen durch Gesetz gezwungen werden sollen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu besuchen. Modifizierte Freiwilligkeit, das bedeutet zunächst, daß Anlage und Methode der Kurse und Arbeitsgemeinschaften zur kontinuierlichen Teilnahme veranlassen. Es bedeutet auch, daß in der Zusammenarbeit mit Betrieben und Organisationen arbeitsfreie Zeit für Bildung gewährt wird, daß z. B. die Bundeswehr ihre Chance, die männliche deutsche Jugend in den achtzehn Monaten ihrer Dienstzeit auch im Zivilunterricht zu bilden, besser nutzt. Solche kontinuierliche und gezielte Bildung macht andererseits Leistungsbestätigungen und Ergebniskontrollen notwendig. In der Leistungsbestätigung erfüllt sich ein legitimer Wunsch der Teilnehmer nach geistiger Bestätigung überhaupt, die ihnen in einer Welt, in der Bestätigungen nur durch Konsum erfolgen, so oft versagt bleibt. Zugleich aber dient die Bestätigung, gerade in den Lernkursen, auch der Begrenzung der Selbsteinschätzung. Wie viele Menschen beschreiten aus der Fehleinschätzung ihrer tatsächlichen geistigen Leistungsfähigkeit weiterführende zweite und dritte Bildungswege, deren Ziele sie nie erreichen, ja nicht einmal kennen, und auf denen sie selten ohne seelischen Schaden umkehren. Leistungsbestätigungen sind Faktoren der Redlichkeit im Umgang mit dem Teilnehmer, vor allem auch in der Heimvolkshochschule. Es ist kein Zweifel, daß bei der unterschiedlichen Ausprägung der Volkshochschulen in den verschiedenen Größenordnungen, aber auch in der Freiheit ihrer Mitarbeiter besondere Schwierigkeiten liegen, objektive Maßstäbe für Leistungsbestätigungen zu finden und eine gemeinsame, gültige Sprachregelung zu entwickeln.

Solche Konzentration der Arbeit der Erwachsenenbildung nach Inhalt und Methode erfordert umgekehrt ihre Sicherung in einer rechtlichen Ordnung. Ob sie durch Gesetz, Rahmengesetz oder fixierte Vereinbarungen erfolgt, ist eine

sekundäre Frage. Sie muß von den Gegebenheiten eines Landes her beantwortet werden. Wichtig allerdings sind eine gleichartige Sicherung wie bei den anderen Bildungseinrichtungen und die Erfüllung des Grundsatzes, daß die Bürger eines Landes den Anspruch haben, gleichmäßig mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung versorgt zu werden. Hier zeigt sich vor allem die enge Verbindung von Raumordnung und Erwachsenenbildung: Die Entwicklung der Mittelpunktgemeinden in unserem Lande wird wichtige Ansätze auch für die Erwachsenenbildung geben. Eigene Häuser und Räume sind dabei eine unerläßliche Voraussetzung für die Erfüllung der pädagogischen Aufgabe. Wie oft wird die Forderung nach einem eigenen Haus als organisatorische Forderung mißverstanden. Sie ist pädagogisch begründet. Nur im Haus manifestieren sich ein Bildungsprinzip und eine Ordnung. Das eigene Haus der Volkshochschule macht aus der Abendschule die Stätte für geistige Integration der Bürger in ein Gemeinwesen. Volkshochschule ist nicht mehr als Abendschule zu verstehen. Die Ausweitung und Intensivierung der Arbeit macht eine Vermehrung der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter gleichermaßen erforderlich. Erwachsenenbildung wird nie ohne die Vielzahl der nebenamtlichen Mitarbeiter auskommen. Aber sie wird ihre Wirkung verstärken und konzentrieren können, wenn durch eigens für die Erwachsenenbildung ausgebildete hauptamtliche Kräfte das innere Gefüge der Erwachsenenbildung gestaltet wird.

Besondere Bedeutung haben hauptamtliche Mitarbeiter in ländlichen Bezirken. Sie werden dabei in Räumen wirksam, deren eigenes Potential nicht ausreicht. Hauptamtliche Mitarbeiter müssen ausgebildet werden. Voraussetzung für ihre Tätigkeit ist genaue Sachkunde. Das Studium der Erwachsenenbildung kann deshalb auch nur ein sachbegleitendes Studium sein. Aber die Wissenschaft muß durch Grundlagenforschung die Voraussetzung zu solchen Studien verbessern. Hier ist der wichtigste Bezugspunkt der Kooperation zwischen Universität, Pädagogischer Hochschule und Erwachsenenbildung. Zugleich ist in der pädagogischen Reflexion und der Erneuerung und Ergänzung der Sachkenntnisse bei haupt- und nebenamtlichen Mitarbeitern, die länger in der Arbeit stehen, eine andere wichtige Aufgabe für die Universität gestellt. Erwachsenenbildung ist auf Kooperation angewiesen, auf Kooperation ihrer eigenen Träger, auf Kooperation mit der Wissenschaft, den großen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, auf Kooperation mit den Massenmedien.

Erwachsenenbildung ist sozusagen ein Versuchs- und Bewährungsfeld für Kooperation. Die Volkshochschule erfüllt auf diesem Felde eine verbindende Aufgabe. Das Wort von der verbindenden Erwachsenenbildung kann leicht quantitativ mißverstanden werden, nämlich als der Versuch, in einem Gemeinwesen alle Bildungsbemühungen auf einen Generalnenner der

Verträglichkeit zu koordinieren und auf ein Minimum geistiger Konflikte zu reduzieren. Das Wort von der verbindenden Erwachsenenbildung gewinnt konstitutive Bedeutung, wenn man es qualitativ begreift, d. h. wenn das Prinzip der Sachgerechtigkeit, das das Wesen der Erwachsenenbildung bestimmen soll, der Erwachsenenbildung Maßstab und Profil gibt und sich alle Aktivität im Bereich der Erwachsenenbildung darumordnet.

Fassen wir die wichtigsten Gesichtspunkte dieser Überlegungen noch einmal in zehn Thesen zusammen:

1. *Die Entwicklung unserer Gesellschaft erzwingt lebenslanges Lernen.*
2. *Diese Erkenntnis verlangt eine Umverteilung der Bildungsaufgaben und eine Einordnung der Erwachsenenbildung in das Gesamtbildungssystem.*
3. *Von den Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird eine deutlichere Profilierung nach Organisation, Inhalt und Methode verlangt, eigene Räume und Häuser sind eine pädagogische Forderung.*
4. *Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung müssen Abschied nehmen von der Theorie der absoluten Freiwilligkeit und der Ablehnung der Bestätigung der Lernleistung.*
5. *Diese Entwicklung fordert eine Verstärkung der hauptamtlichen Mitarbeiter durch Vermehrung der Stellen und langfristige Ausbildung der Mitarbeiter.*
6. *Die Bürger unseres Landes müssen gleichmäßig mit Erwachsenenbildungseinrichtungen versorgt werden.*
7. *Das bedeutet eine enge Verbindung zwischen Raumordnung und Erwachsenenbildung.*
8. *Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung können ihre Effektivität durch Kooperation untereinander und mit den Großorganisationen der Gesellschaft und den Massenmedien steigern.*
9. *Eine kontinuierliche Grundlagenforschung und eine Zusammenarbeit mit der Universität und den Pädagogischen Hochschulen bei der Ausbildung der Lehrkräfte muß die wissenschaftliche Grundlage der Erwachsenenbildung sichern.*
10. *Eine gesetzliche Regelung oder eine entsprechende Rechtsordnung sichert erst Bestand und langfristige Planung für die Erwachsenenbildung.*

Sehr tadelnswert ist unser Tun,

*Wir sind nicht brav und bieder. —
Gesetzt den Fall, es käme nun
Die Sündflut noch mal wieder.
Das war ein Zappeln und Geschreck?
Wir tauchten alle unter;
Dann kröchen wir wieder aus dem Dreck
Und wären, wie sonst, recht munter.*

WILHELM BUSCH

Planung im Grenzland Schleswig

Reimer Kay Holander hat — nicht unwidersprochen — schon mehrfach in Aufsätzen und Vorträgen zu Fragen der Planung, besonders in Nordfriesland, Stellung genommen. Wir haben ihn gebeten, hierzu im Hinblick auf den gesamtschleswigschen Raum — den „Grenzraum Schleswig“ nach einer neueren Vokabel — seine Meinung zu sagen, besonders im Hinblick auf das, was der Planungsbericht der Landesregierung darüber aussagt. — In den Tageszeitungen wird immer häufiger unter den verschiedensten Voraussetzungen und Aspekten über Planungsfragen berichtet. Wenn der nachstehende Aufsatz in den „Grenzfriedensheften“ der Beginn einer Aussprache über die verschiedenen Gesichtspunkte zu dem wäre, was für den „Grenzraum Schleswig“ planerisch möglich und notwendig ist, wäre das zu begrüßen.

Landesplanung in einem Grenzland ist, von allen auch in anderen Gebieten relevanten Planungsfaktoren einmal abgesehen, naturgemäß immer auch von der Grenzsituation geprägt. Je nach der politischen Konstellation können die negativen oder auch die positiven Aspekte dieser Grenzsituation überwiegen, im günstigsten Fall wird sogar die Planung im Grenzland zu einer Planung — d. h. zu landes- oder regionalplanerischer Kooperation — über die Grenze hinweg werden können.

Bei einer Betrachtung der heutigen Lage im Grenzland Schleswig ist zunächst ein Blick auf den größeren Zusammenhang im Nord-Ostsee-Zentralraum erforderlich. Die Lage des Landes Schleswig-Holstein zwischen dem Kontinent und Skandinavien wie auch zwischen Nordsee und Ostsee ist eine Grundvoraussetzung aller wirtschaftspolitischen und landesplanerischen Überlegungen in diesem Land. Die sich aus dieser Lage ergebende „Brückenfunktion“ des Landes spielt infolgedessen in den Vorstellungen der Landesregierung über die gegenwärtigen wie künftigen Aufgaben und über die im Hinblick auf diese Aufgaben zu verfolgende Politik eine hervorragende Rolle. Durch die Tatsache, daß die nördliche Landesgrenze überdies mit der Grenze zweier großer Wirtschaftsräume, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Freihandelszone (EFTA), zusammenfällt, wird die Bedeutung der Grenze wie der „Brücke“ noch akzentuiert, zugleich aber insofern auch relativiert, als sie bei veränderter Konstellation, etwa durch einen Beitritt Dänemarks oder gar weiterer skandinavischer Länder zur EWG oder auch

schließlich durch eine engere Verbindung von EWG und EFTA überhaupt, sogleich in Frage gestellt wäre.

Im übrigen ist zumeist von der Brückenfunktion *des ganzen Landes* die Rede, in welchem Zusammenhang dann der Süden des Landes und insbesondere die Häfen der holsteinischen Ostküste eine besondere Position einnehmen. Betrachtet man hingegen den Landesteil Schleswig für sich, so ist dessen Lage durch eine Reihe weiterer Voraussetzungen bedingt, Voraussetzungen, die durchaus nicht immer sehr günstig sind und die tatsächlich wirtschaftspolitisch im größeren räumlichen Zusammenhang das Kernproblem dieses Landesteiles ausmachen:

1. Die beiden Knotenpunkte im Verkehr zwischen dem westlichen Kontinent und Skandinavien sind Hamburg und Kopenhagen/Malmö. Die Tendenz zur kürzesten Verbindung zwischen diesen beiden Zentren liegt auf der Hand; in der Vogelfluglinie findet sie ihren sinnfälligen Ausdruck. Es ist ohne weiteres zu erkennen, daß jede Intensivierung dieser Linie sich zwangsläufig für den Schleswiger Raum auswirken muß.
2. Das sozialökonomische Gefälle in Schleswig-Holstein ist eindeutig von Süden nach Norden gerichtet; dabei ist die Tendenz, von Norden her Anschluß an den Süden zu gewinnen, wesentlich stärker ausgeprägt als die gegenläufige Tendenz der Ausstrahlung aus dem Hamburger Ballungsraum nach Norden. Im übrigen befindet sich eben auch Hamburg innerhalb der EWG in einer Randlage, die es möglichst auszugleichen trachtet, indem es die Beziehungen zum Binnenland enger knüpft.
3. In Dänemark ist die Intensivierung der Linie Kopenhagen—Esbjerg ein wesentliches Ziel nationaler Wirtschafts- und Verkehrspolitik, verständlich sowohl im Hinblick auf die engere Verflechtung der verschiedenen Landesteile allgemein als auch im besonderen als Gegengewicht gegen eine sonst naheliegende stärkere Orientierung vor allem des südlichen Jütland nach Süden in Richtung auf Hamburg.

Zusammenfassend muß also festgestellt werden, daß für das Grenzland Schleswig aus der geschilderten Konstellation zunächst einmal mehr negative als positive Aspekte folgen. Und zwar gilt das für beide Teile Schlesiws in gleicher Weise. Beide, Südschleswig wie auch Nordschleswig, finden sich in ihrer Grenzlage zugleich in einer extremen Randlage innerhalb des jeweiligen Staatsgebietes.

*

Das Ziel nicht nur in den beiden Teilen Schlesiws selber, sondern auch das Ziel der jeweiligen Staats- oder Landesregierungen ist selbstverständlich, die Nachteile dieser Randlage möglichst auszugleichen. Dabei ist die stärkere

Verflechtung mit dem jeweiligen Staatsgebiet nur *eine* mögliche Richtung, in die entsprechende Maßnahmen zielen können. Die zweite liegt in verstärkten Beziehungen zwischen den beiden Teilen selber — über die Grenze hinweg. Diese Möglichkeit ist in dem Maße realisierbar, wie sich das Verhältnis der benachbarten Staaten, d. h. Schleswig-Holsteins bzw. der Bundesrepublik und Dänemarks, in freundschaftlicher Weise gestaltet.

Allein schon die Gleichartigkeit der sich aus der Grenzlage beider Teile Schlesiws ergebenden Interessen schafft eine Gemeinsamkeit der Zielrichtung, nämlich das Bestreben, diese Grenzlage zu überspielen. Allerdings würde das allein vielleicht noch nicht ausreichen, um dieses Bestreben so intensiv zu gestalten, wie es tatsächlich der Fall ist, wenn nicht andere Vorbedingungen gegeben wären: die historische und nach wie vor auf vielen Gebieten enge Verflechtung der Gebiete beiderseits der heutigen Staatsgrenze sowie ihre weitgehend gleichartige sozialökonomische Struktur, die ähnliche wirtschaftspolitische und regionalplanerische Aufgaben stellt.

In welcher Weise nimmt nun die Planung auf diese Situation Bezug, und zwar sowohl die Planung *im Grenzland* als auch die Planung *über die Grenze hinweg*?

Planung und Wirtschaftspolitik im Grenzland — im Hinblick auf die Grenzlandsituation — sind keine Probleme erst der letzten Jahre. Bereits die landeskulturellen und in gewissem Maße auch wirtschaftsfördernden Maßnahmen des dänischen Staates für Nordschleswig nach der Teilung Schlesiws im Jahre 1920 müssen unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. In Südschleswig ist dann nach 1945 die planmäßige Förderung des Grenzlandes, gleichfalls vorzugsweise durch landeskulturelle und agrarstrukturelle Maßnahmen, zu *dem* wesentlichen Faktor einer Regionalpolitik für den nördlichen Landesteil geworden — hier ist übrigens Regionalpolitik praktiziert worden, bevor das Wort auch bei uns in Mode kam. Auch wenn heute das „Programm Nord“ an der Westküste nach Süden über die Eider hinausgreift, wie das bei seiner materiellen Zielsetzung selbstverständlich ist, so ist sein ursprünglicher Ansatz doch auf die Stärkung des Nordens als Grenzland gerichtet.

Seither sind die Ziele einer umfassenden Regionalpolitik klarer herausgearbeitet, ihre Methoden vervielfältigt und verfeinert worden. Dabei ist es sehr interessant zu beobachten, wie in beiden Teilen Schlesiws einander ähnliche oder gar gleiche Ziele verfolgt werden, wobei im Laufe der Jahre immer mehr nicht nur der Blick, sondern auch der Schritt „über den Zaun“ zum Nachbarn getan wurde, um einmal zu sehen, wie der es nun macht.

Hervorstechendes Merkmal dieser Regionalpolitik ist heute, über die in erster Linie auf die Landwirtschaft gerichteten Maßnahmen hinaus, eine verstärkte Förderung der gesamten Wirtschaft, und zwar sowohl des warenproduzierenden Gewerbes

wie der Dienstleistungen im weitesten Sinne, bis hin zum Fremdenverkehr. Verbunden damit ist ein Ausbau der Infrastruktur auf den Gebieten des Verkehrs, der sozialen Daseinsvorsorge sowie der kulturellen Einrichtungen — insbesondere der Bildungs- und Ausbildungsstätten — im ländlichen Bereich. Durch die Konzentration auf bestimmte zentrale Orte ist ein sozialökonomischer Kristallisierungsprozeß eingeleitet worden, dessen Grundstruktur sich an einem Netz von ländlichen Mittelpunktgemeinden, Unter- und Mittelzentren (wir folgen hier der Terminologie der Landesplanung in Deutschland) orientiert.

In Verbindung mit diesem Konzentrations- und Kristallisationsprozeß müssen auch die Bestrebungen zu einer Verwaltungsreform, genauer: einer kommunalen Gebietsreform, gesehen werden. Ausgehend von der Feststellung, daß eine Gemeindegröße von weniger als 5000 bis 6000 Einwohnern zur Erfüllung aller modernen kommunalen Aufgaben nicht mehr ausreicht, ist in Dänemark die Bildung von Købstad-Großkommunen eingeleitet und teilweise bereits realisiert worden. Dem entsprechen vergleichsweise die Bemühungen um eine Ämterreform im Lande Schleswig-Holstein, und es ist vielleicht kein Zufall, daß diese Bemühungen gerade in den beiden Grenzkreisen Südtondern und Flensburg am meisten konkrete Gestalt gewonnen haben.

Als regionales Oberzentrum in Südschleswig tritt die Stadt Flensburg deutlich hervor, wie sie denn als solches auch in dem ersten Raumordnungsbericht der Landesregierung vom Oktober 1965 angesprochen ist. Ein vergleichbares Zentrum in Nordschleswig, daß hier die einmal gleichfalls von Flensburg getragene Funktion übernommen hätte, zeichnet sich übrigens bis heute nicht ab, wenn nicht das peripher gelegene Projekt einer „Dreieckstadt“ Kolding/Fredericia/Vejle in diesem Zusammenhang gesehen werden soll.

Es ist zur Zeit noch offen, ob dieses Bild in Nordschleswig sich einmal ändern wird. Immerhin sollten die möglichen Konsequenzen einer Universitätsgründung in Hadersleben nicht außer acht gelassen werden. Wenn auch die Debatten um den Standort einer vierten dänischen Universität, die im südjütischen Raum errichtet werden soll, noch nicht abgeschlossen sind, so zeichnet sich doch schon soviel ab, daß in der Standortfrage vor dem Raum Esbjerg/Ribe der Stadt Hadersleben deutlich der Vorzug gegeben wird. Es ist bezeichnend, daß bei den Überlegungen um diese Universität, wie übrigens auch bei ähnlich gerichteten Gedanken in bezug auf Flensburg (Technische Hochschule oder dgl.), immer wieder davon die Rede ist, daß diese Hochschulen ihrem Standort im Grenzland entsprechend auch einen besonderen Charakter tragen *könnten*; ob nun im Sinne nationalpolitischer Stärkung des Grenzlandes oder im Sinne einer gutnachbarlichen Überwindung der Grenzsituation, das sei hier dahingestellt, wenngleich im Hinblick auf Hadersleben der erstgenannte Gesichtspunkt im Vordergrund zu stehen scheint.

*

Einen besonderen Hinweis verdient die Ansiedlung skandinavischer Betriebe im Raum unmittelbar südlich der deutsch-dänischen Grenze. Diese Filialbetriebe dänischer und schwedischer Firmen, die nun „einen Fuß“ unmittelbar in der EWG haben, verdanken zwar ihre Existenz zunächst der Initiative ihrer jeweiligen Unternehmer, jedoch trafen sie sogleich auf das bereitwillige Entgegenkommen der aufnehmenden Gemeinden, die sich bemühten, mit einem Angebot aufgeschlossener Baugrundstücke, von Arbeitskräften, finanziellen Hilfen und anderem mehr aufzuwarten. Längst aber ist die Ansetzung von Zweigbetrieben von Firmen aus dem EFTA-Gebiet ein fester Bestandteil auch der öffentlichen — kommunalen wie regionalen — Wirtschaftsförderungspolitik in Südschleswig geworden.

Nach einer Verlautbarung der Industrie- und Handelskammer in Flensburg sind in dem Jahrzehnt bis 1965 37 derartige Betriebe errichtet worden, in denen heute rund 1500 Beschäftigte tätig sind — als der größte Betrieb Danfoss mit allein schon 1100 Arbeitskräften. Noch in diesem Jahr sollen zehn weitere dänische bzw. schwedische Betriebe hinzukommen, womit die Zahl der Beschäftigten auf rund 2000 steigen wird.

Diese besondere Entwicklung auf dem industriellen und kommerziellen Sektor, die auf den Verlauf der Grenze zwischen EWG und EFTA zurückzuführen ist, blieb bisher durchaus einseitig auf Südschleswig beschränkt. Ob daran ausschließlich die dänischen Niederlassungsbestimmungen schuld sind, wie gelegentlich gesagt wird, ist schwer zu beurteilen. Aus der Situation heraus wäre es immerhin verständlich, daß der EWG-Markt für skandinavische Unternehmer nun einmal größeres Interesse hat als umgekehrt der skandinavische Markt für Unternehmer aus der Bundesrepublik oder anderen EWG-Staaten.

Die Frage bleibt natürlich, wie die Entwicklung weitergehen wird, wenn einmal die Wirtschaftsgrenze zwischen EWG und EFTA fallen sollte; und für dieses Ziel finden sich ja beiderseits der Grenze zahlreiche Befürworter. Die Mitgliedschaft Dänemarks in der EWG ist bekanntlich auch eine Forderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig — verständlicherweise. Daß man sich aber auch über die unmittelbaren Konsequenzen eines solchen Schrittes für das Grenzland im klaren ist, zeigen die weiteren Forderungen, nämlich: Freizügigkeit für Arbeitskräfte und Betriebe zwischen Königsau und Eider — dieses sogar schon als Vorbereitung zu einem späteren EWG-Beitritt Dänemarks! — und EWG-Anpassung durch deutschdänische Regionalplanung über die Grenze hinweg. Im Augenblick scheinen diese Forderungen, so vernünftig sie im Interesse Dänemarks wie auch Schleswig-Holsteins klingen, noch weit in die Zukunft gerichtet zu sein. Gleichwohl sind doch die ersten Schritte dazu, wie oben gezeigt, längst getan worden. Auch über die Planung im Grenzraum unter dem Aspekt der Grenzlandsituation hinaus ist eine Koordinierung bestimmter Maßnahmen,

insbesondere von Fachplanungen, kein Novum mehr. Erinnert sei hier nicht nur an den Bereich der Wasserwirtschaft — Regulierung der Grenzwasserläufe — und des Küstenschutzes an der Westküste — wo ein gemeinsames Eindeichungsprojekt zwischen Sylt-Damm und Emmerlev Kliff in der Planung ist. Auch die Abstimmung bei der Autobahnplanung in Schleswig-Holstein und Jütland, der kontinentaleuropäisch-skandinavische Stromverbund „Kontiskan“ und schließlich die Kooperation zahlreicher Städte auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs entlang der Europastraße 3 und der Westküstenstraße gehören hierher. Eine Institutionalisierung der gesamten Regionalplanung, wie sie von den deutschen Nordschleswigern gefordert wird und die ja wohl eines Staatsvertrages bedürfte, ist allerdings ein Ziel, von dem sich bisher nicht einmal die Umrisse abzeichnen.

*

Es ist bemerkenswert, daß die Gliederung des Landes Schleswig-Holstein in Planungsräume keinen Bezug nimmt auf das Grenzland Schleswig. Bekanntlich sieht diese Gliederung, die allerdings bisher nur als eine Diskussionsgrundlage bezeichnet wird, in Schleswig zwei Planungsräume vor: Raum V — Nordfriesland —, bestehend aus den Westküstenkreisen Eiderstedt, Husum und Südtondern, sowie Raum VI, in dem Stadt- und Landkreis Flensburg und Kreis Schleswig zusammengefaßt sind. Der Kreis Eckernförde und der im Landesteil Schleswig belegene Teil des Kreises Rendsburg gehören zum Raum III, der sich um das Städtedreieck Kiel/Neumünster/Rendsburg konzentriert. Solange aber nicht erkennbar wird, nach welchen Kriterien diese Gliederung vorgenommen worden ist und vor allem, welche Aufgaben die Landesregierung den Planungsräumen heute und in der Zukunft zugeordnet hat, solange wird auch eine begründete Kritik an der zur Diskussion gestellten Gliederung kaum möglich sein.

Unter rein planerischen Gesichtspunkten ist allerdings von Anfang an Kritik geübt worden, wobei sich jetzt immer stärker eine Tendenz abzeichnet, entgegen einer Zweiteilung in eine Ostküsten- und eine Westküstenregion in Schleswig die Einheit dieses Grenzlandes zu betonen. Eine „ständige Konferenz der Landräte Nord“ hat sich etabliert, der die Landräte aller schleswigschen Landkreise angehören. Wieweit sich daraus einmal eine Planungsregion entwickeln wird, bleibt abzuwarten, wie es denn überhaupt fraglich erscheint, ob alle Funktionen regionaler Planung in festumrissenen Planungsräumen erfüllt werden können oder ob nicht vielmehr ein multilaterales System verschiedener und sich durchaus überschneidender Planungsgebiete für verschiedene Fachbereiche den unmittelbaren Zwecken der Planung besser zu dienen imstande ist.

Übrigens wird auch bereits über die Gründung einer Industrie-Förderungs-GmbH für diesen nördlichen Landesteil verhandelt, deren Aufgabe vor allem die Ansetzung von Betrieben aus den EFTA-Ländern sein soll.

Das Ziel der hier bezeichneten Bestrebungen ist naheliegend: dem Landesteil Schleswig — vielleicht sogar im Raum der Westküste nach Dithmarschen übergreifend — ein entsprechendes Eigengewicht zu geben und damit ein Gegengewicht zu schaffen gegen die bisher eindeutig bevorzugten südlichen Gebiete des Landes. Gleichzeitig wäre ein Ausgleich des innerhalb des Landesteiles bestehenden sozialökonomischen Ost-West-Gefälles möglich. Beides jedoch sind Zielsetzungen, die sich zunächst einmal auf den Raum selber richten bzw. auf seine stärkere Verflechtung mit dem Süden. Ob diese Schleswiger Region und ihre Institutionen über die Planung im Grenzland hinaus eines Tages auch Partner einer regionalen Planung über die Grenze hinweg sein können, muß die Zukunft zeigen.

DER JAHSESBEITRAG 1966
FÜR DEN GRENZFRIEDENSBUND

soweit er den Betrag von 2,— DM übersteigt, ist fällig. Es wird gebeten, ihn bald zu überweisen und unnötige Mahnungen zu vermeiden. Einzahlung auf die Konten: Kreissparkasse Husum Nr. 1386; Postscheckamt Hamburg 114 07.

Vorlesung oder Vortrag? *Eine Frage aus der Praxis der Volkshochschule*

In den Monaten Januar bis März ist es die Zeit der Jahresberichte auf allen Gebieten des Lebens. Wenn hier von einem Teil kultureller Arbeit in der Grenzstadt Flensburg berichtet wird, dann tun wir es nicht deswegen, um Einzelheiten hervorzuheben, sondern um auf die allgemeine kulturelle Situation in Flensburg und auf die Reichhaltigkeit des Angebots deutscher und dänischer Organisationen hinzuweisen. Wir meinen die Vortragstätigkeit der Flensburger Volkshochschule e. V. Aus dem umfangreichen Zahlenmaterial über die Arbeit der Volkshochschule führen wir an, daß der Besuch der Mittwoch- und Einzelvorträge im Jahre 1965 ganz erheblich gestiegen ist. 1964 zählte die Flensburger Volkshochschule e. V. bei diesen Veranstaltungen 921, 1965 1772 Besucher. Insbesondere hatten die Mittwochvorträge, die in Übereinstimmung mit den Zielen des Flensburger Studienkreises entwickelt werden, einen guten Besuch. Im Durchschnitt waren es 114 Teilnehmer je Abend. Daß hingegen die Zahl der Teilnehmer an den Kursen wiederum, und zwar von 1301 auf 1271 absank, ist eine bemerkenswerte und zu beachtende Tatsache, die den in der Erwachsenenbildung tätigen Mitarbeitern Veranlassung zu mancherlei Überlegungen gibt. Vielleicht ist es auch nur aus flensburgischer Sicht zu verstehen, daß das Interesse an den Kursen geringer ist, denn abgesehen von einer gewissen, auch an anderen Orten zu beobachtenden Müdigkeit auf dem Gebiete des Lernenwollens darf man in Flensburg nicht vergessen, daß es beispielsweise einen auf langjähriger Tradition fußenden Stenografenverein gibt, dessen Arbeitsbereich (Schreibmaschine und Stenografie) in anderen Städten von Volkshochschulen betreut wird. Dasselbe gilt von manchen Kursen der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, wie natürlich auch von vielen Kursen der dänischen Organisationen in unserer Stadt. Die Flensburger Volkshochschule ist also in der Lage, sich auf den Kern der Volkshochschularbeit beschränken zu können, und bemüht sich, in einer durchdachten Komposition von etwa zwanzig Einzelveranstaltungen, von denen acht einen besonderen Rang haben, gesellschaftspolitische Themen im Sinne des Auftrages der Volkshochschule zur Debatte zu stellen. Daß ein solches Bemühen honoriert wird, erkennt man an den oben angegebenen Zahlen.

Als roter Faden zog sich durch die Veranstaltungen 1965/1966 das Thema der Stellung des einzelnen im Staat, die Bedingtheit der Kultur durch den Staat und die Freiheit der Kultur vom Staat. Es sprachen u. a. Adolf Drescher, Theodor Eschenburg, Innenminister Dr. Schlegelberger, Kultusminister von Heydebreck,

Bürgermeister Dehnpkamp, der dänische Kulturminister Sølvhøj und in einem Podiumsgespräch Oberbürgermeister Adler, Intendant Dr. Hattesen, Generalmusikdirektor Steiner und als Vertreter der Presse Dr. Hambach, Walther Lange, Horst Schwarze und Carl Hagens.

Wenn es gelungen sein sollte, ein Maximum an sachlicher Information zu geben und damit Stoff für die Meinungsbildung zu vermitteln, wenn es darüber hinaus gelungen sein sollte, diese Vorträge zu beachteten Ereignissen in dem reichhaltigen Kulturleben der Grenzstadt zu machen, hätten sie ihren Zweck erfüllt. Der dänische Kulturminister Hans Sølvhøj schilderte auch die gegenwärtig in Dänemark anlaufenden Bemühungen um die sogenannten Kulturzentren, d. h. Häusern mit Büchereien, Freizeitmöglichkeiten u. a. m., in denen es „auch mal ein Glas Bier geben könnte“, um ein Gespräch zu begleiten. Aus Frankreich hört man ähnliches. Vielleicht ist es gestattet, von den vielerlei kulturellen Begegnungen im Hause der neuen Stadtbücherei in Flensburg unter diesem Aspekt und von ihr als einem kleinen Zentrum zu sprechen, dessen Idee jedenfalls zu verwirklichen begonnen wird. Daß dabei noch manche Vertiefung der Arbeit (Diskussionen) angestrebt werden muß, weiß niemand besser als der Veranstalter selbst. In einer Zeit, in der sich scheinbar immer weniger Menschen für eine Vorlesung festlegen oder binden können oder wollen, wird man als Veranstalter neue Wege beschreiten müssen, um das Gespräch der Bürger anzuregen.

Hans Peter Johannsen

Ein »sønderjysk« Kursus für Studenten der Geschichte

Vom 10. bis zum 21. Januar 1966 veranstaltete die Studienabteilung an der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg in Zusammenarbeit mit Historisk Samfund for Sønderjylland einen „sønderjysk“ Kursus für Geschichtsstudenten von den Universitäten in Kopenhagen und Aarhus. Es war das erste Mal, daß ein solcher Kursus stattfand, aber da der Versuch glücklich ausgefallen zu sein scheint, besteht Grund zu der Annahme, daß er nach einiger Zeit wiederholt werden wird.

Es ist nicht ganz leicht, den Zweck dieser Tagung auf eine einfache Formel zu bringen. Man könnte vielleicht sagen, daß er Interesse für das Studium der schleswigschen Geschichte wecken sollte. Aber dann muß man auch hinzufügen, daß in dieser Verbindung an das vielschichtige Ringen und Berühren zwischen Deutsch und Dänisch gedacht wird, an die gesamte Problematik des Grenzlandes, keinesfalls an Heimat- oder Lokalgeschichte, wie wichtig und förderungswürdig diese Zweige der Geschichtswissenschaft im übrigen auch sein mögen.

Die Problematik des Grenzlandes, das alte, vieldeutige und verschlungene Spiel zwischen Deutsch und Dänisch – es kann nicht nur durch Bücher erfaßt werden,

weder in Kopenhagen, Aarhus, Kiel, noch in Hamburg. Diese Problematik erlebt man am besten an Ort und Stelle. Für die teilnehmenden Studenten, die in einem Hotel in Kollund logierten, war schon der tägliche Grenzübergang ein Moment, das Atmosphäre gab. Die Begegnung mit deutschen und dänischen Persönlichkeiten, der Besuch von deutschen und dänischen Institutionen, die Eindrücke, die man selbst vom Flensburger Alltag einfing, ein ganztägiger Ausflug nach Husum, Schwabstedt und Friedrichstadt, all das gab dem Buchstabenwissen Realität, gab eine Anschaulichkeit, weit besser, als Vorträge allein hätten hervorrufen können. Ein kleiner Zug soll nicht verschwiegen werden: Nach einem Besuch in der Stadtbücherei Flensburg äußerte ein Student sich freudig über die ungezwungene und freundschaftliche Weise, in der man sich von deutscher und dänischer Seite begegnete. „Sie und der deutsche Bibliotheksdirektor sprachen ja miteinander, als wenn sie immer gut zusammenarbeiteten.“ Ich konnte bestätigen, daß dies auch der Fall sei. Aber wie hätte man dieses kleine Erlebnis – für uns eine Selbstverständlichkeit – anders vermitteln können als an Ort und Stelle?

Von der praktischen Seite her war der „sønderjysk“ Kursus so zurechtgelegt, daß man normalerweise täglich drei Vorlesungen hörte, wenn nicht andere Arrangements die Zeit raubten. In zehn vollen Kursustagen hielten fünfzehn Referenten zweiundzwanzig Vorträge; acht Institutionsbesuche (u.a. in den Landesarchiven in Schleswig und in Apenrade, dem Städtischen Museum und dem Stadtarchiv in Flensburg) wurden durchgeführt, neben vier anderen Abendveranstaltungen (hierunter auch ein Kaffee- und Tanzabend beim Südschleswigschen Verein in Medelby); des weiteren eine Stadtwanderung in Schleswig und der erwähnte ganztägige Ausflug. Ohne Zweifel war dieses Programm zu anstrengend, obwohl es eine sehr intensive Arbeitsstimmung schuf und von den Studenten mit vielem Humor ertragen wurde.

Fast alle Vorträge knüpften an die Geschichte Schleswigs an. Viele der Referenten sind im Grenzland geboren oder hier ansässig. Ein paar Themen mögen genannt werden, um die allgemeine Linie zu verdeutlichen: Die Pietismus in Sønderjylland (H. F. Petersen), Schleswigsche Lokalgeschichte und dänische Reichsgeschichte (Troels Fink), Die Ausstrahlung Flensburgs auf sein Hinterland vor dem ersten Weltkrieg und in der Gegenwart (Karl Weigand), Das Verhältnis zwischen kirchlichen und nationalen Strömungen in Schleswig-Holstein 1817—1850 (A. Pontoppidan Thyssen), Die dänische Volkshochschule und Sønderjylland 1864—1914 (Hans Lund), Der Offene Brief vom 8. Juli 1846 in der dänischen Außenpolitik der 1840er Jahre (H.P. Clausen) und viele andere. Abends war man in der Regel „zu Besuch“, z.B. am 12. Januar in der Flensburger Volkshochschule, wo man die Reaktion eines deutschen Publikums auf die Darlegungen des dänischen Kulturministers Hans Sølvhøj studierte, und am letzten Tagungstag in der südschleswigschen Abteilung des Historisk Samfund for Sønderjylland, wo man

den dänischen Reichsarchivar Johan Hvidtfeldt über den dänischen Staatsmann Erik Scavenius sprechen hörte.

Es war natürlich auch an weniger anstrengende Programmpunkte gedacht worden, und einer von diesen verdient Erwähnung, weil er eine besondere Bedeutung bekam. Professor H. J. v. d. Ohe, der einen Vortrag über das Verhältnis des Dritten Reiches zur Geschichte hielt, wobei er die Studenten so ansprach, daß sie ihn vom Fleck weg baten, den Vortrag vor ihren Kameraden in Kopenhagen zu wiederholen, hatte die Kurssteilnehmer eingeladen, die Pädagogische Hochschule zu besuchen und dort einige seiner Studenten zu treffen. Es wurde ein außerordentlich wohlgelungener Abend, obwohl an und für sich nicht viel anderes geschah, als daß junge Deutsche und Dänen an kleinen Tischen zusammensaßen, miteinander sprachen, Liederspiele improvisierten und es gemütlich hatten. Die Resonanz bei den Kurssteilnehmern – sowohl anlässlich des Vortrages wie auch gerade dieses Abends – war so positiv, daß man bei einer Wiederholung der Tagung an eine Vermehrung der deutschen Einschläge im Programm denken wird, vielleicht auch an eine Einladung an deutsche Geschichtsstudenten, wie es von einem Teilnehmer in „Flensburg Avis“ (1. Februar 1966) vorgeschlagen wurde.

Ein anderer Teilnehmer schrieb in der dänischen Zeitung „Information“ (16. Februar 1966): „Es muß ... besonders hervorgehoben werden, daß das Programm der Tagung so ausgewogen zusammengesetzt war, daß es – weit davon entfernt, ein dänisch-nationaler Propagandavorstoß zu sein – vielleicht (zugespitzt gesagt) seinen größten Wert durch die zahlreichen deutschen Beiträge erhielt, wodurch das Zuwortkommen von Ansichten gesichert wurde, von denen die Kursisten sonst nur unter Schwierigkeiten eine kompetente Darstellung bekommen können. Es muß gleichzeitig festgestellt werden, daß der Wille zur redlichen und offenen Diskussion – auch über prekäre und strittige Themen – in gleichem Maße auf beiden Seiten vorhanden war. Auf dem Hintergrund dieser positiven Erfahrungen sollte man bei kommenden Tagungen die deutschen Beiträge bewahren und sie stellenweise sogar noch verstärken. Dieser Wunsch wird nicht nur wegen des Informationsvermittelnden Wertes, der hierin liegt, geäußert, sondern auch aus der Erkenntnis heraus, die vom Verlauf der abgehaltenen Tagung unterstrichen wurde: daß die Entwicklung im Grenzland sich nicht als eine isolierte Erscheinung anschauen läßt, sondern in der denkbar engsten Verbindung steht mit sowohl dänischer als auch deutscher Reichsgeschichte und in einem größeren außenpolitischen Zusammenhang.“

Andere Teilnehmer äußerten, daß es für sie ein Erlebnis gewesen sei, im Grenzland eine anregende und fruchtbare Problematik zu treffen, wo sie befürchtet hatten, auf einen altmodischen Nationalismus mit scharfumrissenen Konturen und einer verflachenden Schwarz-Weiß-Zeichnung zu stoßen. Ich

konnte nicht anders als antworten, daß es auch für den Kursusleiter ein Erlebnis war, zwanzig Studenten von den Problemen des Grenzlandes fachlich und menschlich berührt zu sehen.

Gewiß waren glückliche Umstände mit im Spiele, aber man darf doch nach dieser Tagung sagen, daß die Fragen des Grenzlandes auch heute bei jungen Menschen „ankommen“ können – wohlgemerkt, wenn man sie so präsentiert, daß die Teilnehmer durch sie in größere Zusammenhänge eingeführt werden und nicht das Gefühl bekommen, einem beängstigend engen Horizont gegenüberzustehen.

Lorenz Rerup

Das »Nordfriisk Instituut« in Bredstedt

Seit dem vergangenen Jahr arbeitet in Bredstedt das „Nordfriisk Instituut“. Es ist eine in seiner Art einmalige Einrichtung in Schleswig-Holstein. Die Pflege der nordfriesischen Belange vereint politisch nach Deutschland und Dänemark orientierte Kräfte zu gemeinsamer Arbeit. Das ist neu und für manche Schleswig-Holsteiner, besonders im Grenzland, noch ungewohnt, nicht jedoch für die namhaften Mitglieder des Nordfriesischen Vereins, der die deutsch-orientierten Nordfriesen umfaßt, und deren Partner in der Foriining for Nationale Frashe, in der sich die dänisch-orientierten Nordfriesen zusammengeschlossen haben. Ungewöhnlich ist diese Zusammenarbeit auch nicht für die Landesregierung in Kiel und die Staatsregierung in Kopenhagen, deren finanzielle Unterstützung die Arbeit des Instituts erst ermöglicht.

Die gelegentlichen Vorbehalte haben nicht verhindert, daß die Arbeit des Instituts erfolgreicher anlief, als seine Gründer erwartet hatten. Diese Vorbehalte erklären sich aus der Vorgeschichte des Instituts.

Ein Verein „Nordfriesisches Institut“ besteht seit 1949. Er wurde u. a. von Mitgliedern des Nordfriesischen Vereins gegründet. Diese hatten sich jedoch von ihrer Organisation gelöst, weil sie ihr den Vorwurf machten, über das politische Engagement für Deutschland in der Nachkriegssituation die vielfältigen traditionellen Beziehungen Nordfrieslands zu Dänemark zu übersehen und keine nationalpolitisch neutrale Arbeit zu treiben. Bei ihrer Gründung eines „Nordfriesischen Instituts“ fanden sie die Unterstützung der Foriining for Nationale Frashe.

Jedermann im Grenzland weiß, daß bis heute die weit über hundert Jahre alten grenzpolitischen Auseinandersetzungen nachwirken. Gerade in einem Gebiet, in dem jedoch ursprünglich Friesen als eigenes Volk gelebt haben, gibt es Grundlagen genug für eine Arbeit, die sich jenseits der Frage der Staatszugehörigkeit vollziehen kann. Die Vergangenheit schafft hier die Basis für die Notwendigkeiten der Zukunft. Mit der politischen Beruhigung besannen sich

die Friesen beider nationalpolitischer Richtungen zunehmend auf diese ihnen gemeinsamen Grundlagen. So kam es seit 1956 zur Zusammenarbeit im Friesenrat, zu dem auch deutsche Ost- und niederländische Westfriesen gehören, und schließlich trat auch der Nordfriesische Verein der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen bei, der die Forining for Nationale Frashe bereits angehörte.

Man muß diese Vorgeschichte kennen, wenn man begreifen will, warum eine Handvoll junger Männer offene Türen einrannte, als sie vor zwei Jahren ein völlig neues Institut jenseits der nationalpolitischen Unterschiede aufzubauen begann. Am 30. August 1964 wurde in Alkersum auf Föhr in einer Versammlung aus Nordfriesen der verschiedenen Organisationen der Verein „Nordfriesisches Institut e. V.“ auf eine neue Basis gestellt. Er ist der Träger des Nordfriisk Instituut. In den Satzungen wurde festgelegt, daß die Mitgliedschaft „allen Nordfriesen und Freunden Nordfrieslands“ offensteht, daß der Beirat des Vereins möglichst Nordfriesland gleichmäßig repräsentieren soll und daß ein Kuratorium gemeinsam mit dem Vorstand die partei- und nationalpolitische Neutralität des Instituts zu gewährleisten hat. Die Vorstands- und Beiratsmitglieder kommen aus allen nordfriesischen Vereinigungen.

Auch aus einem völlig unpolitischen Grund stieß diese Handvoll junger Männer offene Türen auf: Seit vielen Jahrzehnten konnte die nordfriesische Arbeit praktisch nur als Hobby betrieben werden. Da sich die Nordfriesen aber kraft ihrer Geschichte nicht als irgendeiner unter vielen Stämmen verstehen, sondern als Volk mit sogar einer eigenen Sprache in vielen Dialekten, waren sie damit nie zufrieden. Sie wollten mehr, nämlich echte wissenschaftliche Arbeit. Deshalb der Name „Institut“, deshalb das Drängen der Friesen aller Vereinigungen nach hauptamtlichen Kräften in einer solchen Institution. Politisch wurde die Berechtigung dieser Anliegen anerkannt durch die Beschlüsse in Kiel und Kopenhagen, die Arbeit zu finanzieren. Schleswig-Holstein gab dem Institut im letzten Jahr 42 000 DM (nachdem die zunächst vorgesehenen 60 000 DM wegen Sparmaßnahmen nicht gezahlt werden konnten), und Dänemark zahlte 20 000 DM.

Woher kam nun diese Handvoll junger Männer? Zwei, Tams Jörgensen und Hans Chr. Nickelsen, waren bzw. sind noch Assistenten bei der Nordfriesischen Wörterbuchstelle im Nordischen Institut der Kieler Universität. Ein dritter, R. K. Holander, kam von Berlin in die Heimat seiner Vorfahren und Verwandtschaft. Ein vierter, Johannes Jessen, lebt an der Westküste. Zwei, Jörgensen und Holander, arbeiten bereits ständig im Institut.

Das Nordfriisk Instituut soll vor allem wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet nordfriesischer Sprachforschung und Kulturpflege leisten. Unter seinen Aufgaben sind auch zahlreiche zeitnahe aufgezählt: Untersuchungen über die

sozialökonomischen Auswirkungen etwa des Programms Nord sowie die Förderung von zentralen Orten und Mittelpunktsgemeinden. Als Aufgabengebiete werden auch die historische und aktuelle Landeskunde, Naturschutz und Landschaftspflege, zeitgemäße Kulturpflege und vieles andere genannt. Zu der wissenschaftlichen Arbeit gehören ferner Information und Beratung öffentlicher und privater Körperschaften, insbesondere ein enger Kontakt mit den Schulen und Heimatvereinen, und die Verbreitung von Informationen über Nordfriesland.

Die Vertreter und Mitarbeiter des Instituts haben in dem knappen Jahr ihrer praktischen Tätigkeit eine rege Aktivität entfaltet. Sie suchen Kontakt mit Vereinigungen, wo immer man ihn wünscht, auch bei Parteien aller Richtungen. Das Institut gab die erste Nummer eines Nordfriesischen Jahrbuches heraus, das gemeinsam redigiert wird von den Redakteuren der bisherigen zwei Jahrbücher des Nordfriesischen Vereins und des alten Nordfriesischen Instituts. Ferner erscheint eine Zeitschrift „Nordfriesland“, auch wurde mit der Herausgabe von Einzelveröffentlichungen begonnen. Darüber hinaus wurden Veranstaltungen mit dem Nordfriesischen Verein, dem Heimatbund Eiderstedt, der Foriining for Nationale Frashe, den Volkshochschulen usw. abgehalten. Kieler Studenten waren im Institut, auf Föhr wurde ein Studentenlager durchgeführt. Diese Aufzählung ist lange nicht vollständig.

Nordfriesland hat jetzt mit dem Nordfriisk Instituut eine Einrichtung, wie sie in Ostfriesland unter dem Namen Ostfriesische Landschaft und in Westfriesland als Fryske Akademie schon länger besteht.

Außerhalb Nordfrieslands mag man sich vielleicht fragen, wodurch sich eigentlich eine solche anspruchsvolle Arbeit für eine Landschaft wie Nordfriesland rechtfertigt, ob hier nicht künstlich gepflegt wird, wofür kein natürliches Bedürfnis besteht. Die Antwort ist denkbar einfach: Die Tatsache, daß sich Kräfte dieser Landschaft als stark genug erweisen, eine solche Arbeit auf breite Basis zu stellen und durchzusetzen, sagt alles aus über die Legitimation solcher Tätigkeit.

Das Nordfriisk Institut hatte einen guten Start. Es wird nun durch seine weitere Arbeit beweisen können, wie weit es ist, was es sein will. Das kann aber nicht von heute auf morgen geschehen.

Helmut Sethe

Die Mitgliederversammlung 1966 des Grenzfriedensbundes

findet am Sonnabend, dem 16. April 1966, um 10 Uhr in Husum im Handwerkervereinshaus, Süderstraße 97, statt.

10 Uhr Begrüßung / Berichte / Aussprache / Entlastung des Vorstandes

11 Uhr Axel Seeberg, Chefredakteur des „Sonntagsblatts“

„Die Bundesrepublik Deutschland und die skandinavischen Länder“

12 Uhr Dr. Hans Peter Johannsen:

„Gedanken zur heutigen Situation an der Grenze“

13 Uhr Gemeinsames Mittagessen

Die schriftliche Einladung ist allen Mitgliedern zugesandt worden. Um einen geordneten Ablauf der Versammlung zu ermöglichen, wird um rechtzeitige Teilnahmemeldung gebeten.

Der Vorstand des Grenzfriedensbundes

Aus der Arbeit des Grenzfriedensbundes

Bildung eines »Flensburger Studienkreises«

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände des Grenzfriedensbundes, des Deutschen Grenzvereins und der Flensburger Volkshochschule, die von dem Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, Innenminister Dr. Schlegelberger, geleitet wurde, beschlossen die drei genannten Organisationen, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Dr. Schlegelberger erläuterte den Grundgedanken dieser Arbeitsgemeinschaft dahingehend, daß sie zur Aufgabe habe, zunächst rein organisatorisch wichtigere Vorhaben im Vortragsprogramm der drei Organisationen zu koordinieren. Es bestehe aber auch die Absicht, ausgehend von den Erfahrungen, die der Grenzfriedensbund mit seinen literarischen Publikationen gemacht habe, bestimmte Pläne auf diesem Gebiet abzusprechen. Zu dem letzteren gab der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes und der Flensburger Volkshochschule, Dr. Johannsen, eine Übersicht über die kulturpolitischen und praktischen Möglichkeiten für die nächste Zeit. Die Arbeitsgemeinschaft wird unter der Bezeichnung „Flensburger Studienkreis“ wirken, wobei sich an der Organisation und Arbeitsform der drei Verbände nichts ändern wird.

In den Arbeitsrichtlinien des Flensburger Studienkreises heißt es u. a.: „Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist es, innerhalb der Bevölkerung des Landesteils Schleswig aufklärend über die grenz- und kulturpolitische Situation des Landesteils zu wirken. Darüber hinaus will die Arbeitsgemeinschaft in der Bundesrepublik und Dänemark für diese Aufgaben werben und darauf hinweisen, daß aus der geschichtlichen Situation dem Landesteil Aufgaben erwachsen sind, die im Zusammenhang mit dem politischen Gesamtgeschehen der Bundesrepublik gesehen werden müssen.“

Eine Zusammenkunft deutscher und dänischer Studenten

Auf Einladung des Grenzfriedensbundes fand in den ersten Januartagen im Hotel Europa in Flensburg eine Zusammenkunft deutscher und dänischer Studenten

sowie von Schülern der Oberstufen der Gymnasien zu beiden Seiten der Grenze statt. Vertreten waren etwa 25 junge Menschen, die das „Kollegium 61“ – das sind die deutschen nordschleswigschen Studenten in Kopenhagen –, den Verein dänisch-südschleswigscher Studenten, die Oberprimaner der Minderheitengymnasien in Apenrade und Flensburg und die Oberprimaner des Alten Gymnasiums und der Goethe-Schule in Flensburg repräsentierten. Der dänische Generalkonsul Prof. Troels Fink sprach über drei bedeutende Schüler des Alten Gymnasiums in Flensburg, und zwar über den Bischof Kaftan, den Reichsarchivar A. D. Jørgensen und den Pastor Nicolai C. Nielsen, der sich selbst als „der letzte Schleswiger“ bezeichnete. Der Nachmittag war einer Diskussion über die „Stellung und Aufgaben der jungen akademischen Generation im Grenzland“ gewidmet.

Das Einleitungsreferat hielt Dr. H. P. Johannsen, dem sich eine ausgiebige und anregende Diskussion anschloß. Die Teilnehmer waren einhellig der Meinung, daß Zusammenkünfte in dieser Form dem gegenseitigen Verstehen dienen und wiederholt werden sollten.

Deutsche Nordschleswiger und der Gemischte Chor Husum trafen sich in Tarp

Trotz Sturm und Schnee und Glatteis fuhren 150 in den kleinen Orten verstreut wohnende Nordschleswiger in drei Omnibussen zu einem Zusammentreffen mit dem Gemischten Chor Husum nach Tarp. Zu dem Treffen hatten eingeladen der Bund deutscher Nordschleswiger, der Grenzfriedensbund und der SHHB. Initiator und Leiter der Fahrt war wieder Peter Callesen, Apenrade.

Dieser Abend der Begegnung und des Sichkennnlernens wurde ausgefüllt mit Liedern des Gemischten Chors Husum unter Leitung seines Dirigenten Bernstein und einem von Mitgliedern des Chores gespielten kurzen Schwank. Fürs übrige wurde eifrig getanzt nach den Klängen der Lindewitter Kapelle. Grußworte sprachen Peter Callesen, Herr Müller für den SHHB und Herr Harms für den Grenzfriedensbund. Gegen Mitternacht mußte an die Heimfahrt gedacht werden. Schluß- und Dankworte an die Veranstalter sprach Lehrer Johannsen, Sommerstedt. Alle waren sich einig, daß es ein schöner Abend war.

Zwanzig Jahre nach Kriegsende und Deutschland immer noch geteilt

war das Thema eines Vortragsabends, zu dem die Abschlußklasse der Volksschule Großsolt in Zusammenarbeit mit dem Amtskulturkreis und dem Amtskuratorium „Unteilbares Deutschland“ eingeladen hatte. Anlaß war der Bericht der Kinder über ihre Berlin-Fahrt, zu der auch der Grenzfriedensbund finanziell beigetragen hatte.

Beihilfen zur Konfirmation und zur Schulentlassung

konnten auch in diesem Jahre von seiten des Grenzfriedensbundes nach den ihm gegebenen Möglichkeiten gewährt werden. Aus den eingegangenen Anträgen erhellt, daß trotz sozialem Rechtsstaat und wirtschaftlicher Hochkonjunktur es noch individuelle Notfälle in einem vielen nicht bekannten und erwarteten Ausmaße gibt. Wie notwendig die individuelle Sozialbetreuung des Grenzfriedensbundes nach wie vor ist, mögen die nachstehenden „Fälle“ aus dem Kreise der in diesem Jahre Bedachten beweisen:

G. H. Vater vor einem Jahr verstorben, 2 schulpflichtige Kinder, Mutter 89,- DM Rente im Monat, ist kränklich, kann nur täglich 3 Stunden mitarbeiten.

B. St. Vater oft Beruf gewechselt, fünf Kinder, 3 schulpflichtig, 2 Kleinkinder, viel Krankheiten.

M. Br. Seit Jahren arbeitsunfähig wegen Lungenkrankheit, nur ganz geringe Rente, noch zwei kleine schulpflichtige Kinder.

W. T. Unbeständige Berufstätigkeit und häufiger Arbeitsausfall wegen Lungenkrankheit, noch 4 kleine, z. T. noch nicht schulpflichtige Kinder.

R. E. lebt in einem Jugendwohnheim, da er bei seiner kranken Mutter nicht wohnen kann, Eltern geschieden, Vater zahlt nicht (unauffindbar).

N. S. Vater im vergangenen Jahr gestorben, 4 schulpflichtige Kinder, Mutter empfängt Fürsorgeunterstützung.

G. R. Mutter Witwe, oft krank, muß arbeiten (400,- DM), 2 schulpflichtige, unversorgte Kinder, Härtefall.

M. K. Halbweise, lebt bei der Großmutter, die nur geringes Einkommen bezieht, Gartenhaus, Mutter kümmert sich nicht um M.

U. M. Mutter geschieden, lebt von Fürsorgeunterstützung, noch 3 schulpflichtige Kinder, eines in der Lehre.

J. M. 6 Kinder, Eltern tot, Großeltern erziehen alle Kinder.

A. R. 7 Kinder, alle schulpflichtig, Mutter oft krank, Vater Schlosser.

C. D. Einziges Kind, Ehe der Eltern zerrüttet, Vater verließ die Familie, Prozeß um Unterhaltszahlung läuft, z. Z. auf Fürsorgeunterstützung angewiesen, Kind stark erschüttert, Selbstmordversuch in den letzten Sommerferien.

F. K. Vater und Mutter haben Tb. Vater häufig bettlägerig, z. Z. muß er ein Vierteljahr zu Hause bleiben, 5 Kinder (Krankengeld).

E. J. Sieben unversorgte Kinder, Mutter schuldig geschieden, bekommt Fürsorgeunterstützung in Höhe von etwa 500,- DM monatlich, schwierige häusliche Verhältnisse.

P. K. Eltern beantragen die Scheidung, Mutter erhält nur einen geringen Zuschuß, sie hat infolge Unfall Beschäftigung aufgeben müssen.

Im Jahre 1965 wurden für den gleichen Zweck vom Grenzfriedensbund insgesamt

20 725,- aufgewendet, die an 465 Familien durch 28 Orts- und Kreisausschüsse der Arbeiter-Wohlfahrt, zehn Schulen und eine Gruppe des Grenzfriedensbundes zur Verteilung kamen.

Sind die Schulgroßfahrten 1966 in Frage gestellt?

Nach den bisher bei der Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes vorliegenden Meldungen sind im Mai d. J. die folgenden gemeinsamen Schulgroßfahrten geplant:

An den Rhein wollen fahren aus den Kreisen Husum und Eckernförde 800 Kinder, aus dem Kreise Husum 950 Kinder, aus dem Kreise Südtondern gleichfalls 800 Kinder. Aus dem Kreise Rendsburg will man mit 800 Kindern in den Harz fahren. Diese Fahrten scheinen im Augenblick mindestens zum Teil in Frage gestellt. Im Kreis Eckernförde will man an Stelle der Schulgroßfahrt jetzt in den Herbstferien für die neunten Schulklassen einen vierzehntägigen Aufenthalt im Landschulheim in Rantum durchführen, „da nach dem Erlaß des Herrn Kultusministers Dienstreisen für die Lehrer nur dann bewilligt werden können, wenn die Mittel dafür zur Verfügung stehen“.

Auch der Kreis Schleswig hat die Großfahrt aufgegeben.

An den Schulgroßfahrten des Jahres 1965 nahmen 4803 Kinder teil. 1003 Kindern konnte durch Beihilfen von insgesamt 23 872,- DM die Teilnahme ermöglicht werden.

Die dänischen Stimmen bei den Wahlen 1947 bis 1962

Landtagswahl	1947	99 500
Kommunalwahl	1948	91 631
Bundestagswahl	1949	75 388
Landtagswahl	1950	71 864
Kommunalwahl	1951	65 967
Bundestagswahl	1953	44 585
Landtagswahl	1954	42 242
Kommunalwahl	1955	42 097
Bundestagswahl	1957	32 262
Landtagswahl	1958	34 136
Kommunalwahl	1959	33 304
Bundestagswahl	1961	25 444
Kommunalwahl	1962	28 252
Landtagswahl	1962	26 882
Bundestagswahl	1965	—

Kommunalwahl 1966 24 712